

33 An die er.
 #isgwerp
 ung:
 Prag. 1922. nam. 32.
 Telephone:
 Tagesredaktion: 6795.
 Nachredaktion: 6797.
 Postfachamt: 57544.
 Inserate werden laut Tarif
 billigst berechnet. Bei öfterem
 Einschaltungen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
 in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:
 Bei Zustellung ins Haus oder
 bei Bezug durch die Post:
 monatlich Kč 16.—
 vierteljährlich 48.—
 halbjährig 96.—
 ganzjährig 192.—
 Rückstellung von Manu-
 skripten erfolgt nur bei Ein-
 sendung der Retourmarken.
 Erscheint mit Ausnahme
 des Montag täglich früh.

4. Jahrgang.

Donnerstag, 12. Juni 1924.

Nr. 137.

Rehrens in Frankreich.

Das aus den letzten Wahlen hervorgegangene neue Frankreich räumt mit den Repräsentanten des alten nationalistischen Gewaltregimes kräftig auf. Nachdem es zuerst Poincaré über die Klinge hat springen lassen, ist diesem nun auch Millerand, obwohl er sich am Präsidentenstuhl mit Klauen und Zähnen festzuhalten suchte, im Sturze gefolgt. Noch im letzten Augenblick hat Millerand einen letzten Versuch unternommen, die Schöpfung der Kammer und des Senates zu erhalten, indem er eine Volkschaft erließ, in der er darauf verwies, daß der Präsident den Kammer nach der Verfassung nur im Falle des Hochverrates verantwortlich ist, und daß es im Interesse der Kontinuität gelegen sei, wenn die Macht des Präsidenten sieben Jahre hindurch unbeeinträchtigt durch politische Störungen bestehe, wie dies die Verfassung bestimme; er bezeichnete die von der Linksmehrheit verlangte Abhebung seiner Person geradezu als einen „revolutionären Akt“, als eine Verfassungsverletzung, sprach von „dunklen Hintergründen“, kurz, er suchte die Eindringlichkeit zu erwecken, als wenn er nur um der Wahrung der Verfassung willen seinen Widerstand gegen die Mehrheit des Parlaments betrieb.

Das alles hat Herrn Millerand wenig genützt; seine Verurteilung auf die Verfassung machte um so weniger Eindruck, als er selbst noch am Samstag durch die Bildung des Ministeriums Marjál die konstitutionellen Regeln verletzte, indem er die in den Wahlen vom 11. Mai geschlagenen Parteien des Bloc national, die nurneher die Minderheit in der Kammer bilden, zur Regierung berief. Die Berufung Millerands auf die Verfassung wäre nur dann stichhältig gewesen, wenn er als Präsident der Republik selber stets die ihm durch die Verfassung gezogenen Grenzen seines amtlichen Wirkungskreises eingehalten hätte. Das hat er keineswegs getan. Es wäre seine Pflicht als Staatsoberhaupt gewesen, sich von den Parteikämpfen fernzuhalten. Die französische Verfassung sieht dem obersten Leiter der Staatsgeschäfte wohl die Unabhängigkeit während seiner siebenjährigen Amtsdauer zu, aber die ihm eingeräumte bevorzugte Stellung setzt voraus, daß er selber diese Stellung nicht zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht. Doch für Millerand war der Geist der Verfassung stets Luft. Er war es, er mit Poincaré das Kabinett Briand in einem Augenblicke tückisch zu Falle brachte, da Briand in Cannes Verhandlungen mit Lloyd George führte, und er war es auch, der mit Poincaré durch Didi und Dünn ging, ohne Rücksicht darauf, daß dessen Politik Frankreichs Finanzen zerrütete und Frankreichs Vereinigung herbeiführte. Es waren besonders zwei Kundgebungen, die ihm von den siegreichen Linksparteien zur Last gelegt wurden. Die eine war eine Rede in Evreux, in der er während in der Kammer die Linke heftige Vorstöße gegen Millerand unternahm, in offener, schroffer Weise für Poincaré Partei ergriff; die andere Kundgebung leistete sich Millerand noch knapp vor dem Wahltage, und hierbei ließ er, gelegentlich eines Interviews, das er dem nationalistischen Heftblatt „Ratin“ gewährte, sich so weit aus der ihm von seinem Amte auferlegten Reserve fortreißen, daß er dem Lande seine Erwartung aussprach, es werde den Wahlsieg des nationalen Blocs herbeiführen helfen, denn er sei entschlossen, im Falle eines anderen Wahlausganges die Konsequenzen zu ziehen. Die Wähler haben sich bekanntlich von dieser Drohung nicht erschrecken lassen und es ist verständlich, daß die siegreiche Linke nun den Mann, der durch sein parteiisches Auftreten alle ihm gezogenen Schranken durchbrach, zur Abdankung zwang.

Mit Millerand wird nicht nur ein Exponent der bis zu den letzten Kammerwahlen betriebenen imperialistischen Nachpolitik beseitigt, sondern auch einer der widerlichsten

Furchtbares Bergwertsunglück in Weipert.

Gasvergiftung im sogenannten Gistschacht. — Sechs Tote, drei Schwerverletzte.

Weipert, 11. Juni. Im sogenannten Gistschachte, einer Bergwerksanlage nächst Weipert, wo Silbererze und Arsen gewonnen werden, ereignete sich Dienstag das größte Unglück, das je in diesem Bergbau passiert ist. Von der sechzehn Mann starken Besatzung sind sechs Mann tot, einer schwer verletzt (Nippenbruch) und einige leicht verletzt. Das Unglück soll durch Gasvergiftung geschehen sein. Die weiteren Erhebungen werden ergeben, ob die Bergmänner durch Kohlenoxyd oder durch Arsen vergiftet wurden. Schon in früheren Jahrzehnten wurde in diesem Schachte Silbererz gewonnen, doch dürfte es seit 1884 dort nicht mehr gefördert worden sein. Durch die schon damals vorhandenen giftigen Gase oder durch Wassereintrich war die Arbeit im Schachte eingestellt worden und wurde erst seit dem Herbst 1923 wieder aufgenommen. Vor wenigen Wochen ist der erste Wagon Arsenerz unter großen Feierlichkeiten abtransportiert worden.

Vergiftungserscheinungen bei der Arbeiterschaft waren seit Wiederaufnahme der Förderung an der Tagesordnung.

Über die Pfingsten ruhte nun die Arbeit. In dem 22 Meter tiefen Schachte dürfte sich in dieser Zeit eine starke Ansammlung von Gas vollzogen haben. Als Dienstag in den ersten Nachmittagsstunden die Arbeit wieder aufgenommen wurde und die Arbeiter sich zur Arbeitstätte im Schachte begaben — der Einstieg erfolgt auf Leitern — wurden sie von den angesammelten Gasen überrascht. Einige konnten sich retten, doch sechs Arbeiter stiegen dem Vergiftungstode zum Opfer.

Nach 2 Uhr nachmittags erhielt die Telefonstation Weipert die erste Mitteilung. Die Ärzte Dr. Groeger und Dr. Kraus, die Sanitätsabteilung der freiwilligen Feuerwehr und hunderte von Menschen eilten zur Unglücksstätte. Die Bergungs- und Rettungsarbeiten begannen sofort. Der Tod hatte jedoch bereits auf dem Felde der

Arbeit Furchtbares angerichtet. Die Arbeiter Karl Stahn, Thomas und Rimpl, alle verheiratet, aus Weipert, Burghart und Thomas, ledig, aus Weipert, und der alte Roscher aus Schmiedeberg, der Vater unseres Genossen Wenzel Roscher aus Schmiedeberg, waren tot; alle Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Der siebente Mann, ebenso der Obersteiger und ein früherer Bergarbeiter hatten sich bei den Rettungsarbeiten schwere Vergiftungen zugezogen und mußten dem Krankenhause eingeliefert werden, wo sie in hoffnungslosem Zustand darniederliegen.

Nicht genügende Vorsichtsmaßnahmen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter sind die Ursache dieses schrecklichen Geschehens. Wieder sind Arbeiter ein Opfer des kapitalistischen Ausbeutungssystems geworden. An der Größe dieses Unglücks soll die Arbeiterschaft erkennen, wie tausendfach Tod und Verderben auf sie lauert, und daß sie es selbst am meisten notwendig hat, die Ursachen zu bekämpfen, die zu solchen Katastrophen führen.

In rasch herbeigeschafften Särgen, die man auf fünf Reihung geschichtete Wagen stellte, wurden die Leichen der Opfer, begleitet von Hunderten von Menschen, durch ein Spalier von Tausenden in den Abendstunden in die Totenkammer des Weipert Friedhofes überführt. Der alte Roscher wurde von der Arbeiterschaft mit nach Schmiedeberg genommen. Man sah Frauen und Männer weinen. In wenigen Tagen wird die Erde diese Toten aufnehmen und gar bald werden die Menschen sie vergessen. Das sozialistische Proletariat des Erzgebirges aber wird sie nicht vergessen. Wieder wurden Arbeiter gemordet, weil man es fehlen ließ, an dem nötigen Schutz: die Arbeiterschaft selbst wird dafür Sorge tragen müssen, daß solche furchtbare Katastrophen in Zukunft unmöglich gemacht werden.

und heftigsten Streber. Es ist ein Irrtum, wenn noch immer vom „Sozialisten“ Millerand gesprochen wird. Das war er niemals richtig, am allerwenigsten in den letzten Jahren, seitdem er sich zu einem nationalistischen Poincaré'scher Couleur entwickelt hatte. Es ist nicht das erstemal, daß die Streberei Millerands von sich reden machte. Schon im Jahre 1899 war er es, der als sozialistischer Abgeordneter gegen den Willen der Partei in das Kabinett Waldeck-Rousseau eintrat, obwohl der Chef des Kabinetts ein enragierter Gegner des Sozialismus war und im selben Kabinett General Galliffet, der berüchtigte Schlächter der Pariser Kommune, saß. Damals hat Millerand durch seinen Verrat innerhalb der Arbeiterinternationale leidenschaftliche Auseinandersetzungen geweckt, aber das war dem nach Macht gierenden Ehrgeizling ebenso gleichgültig wie der Schwade, den er der sozialistischen Bewegung auch später konsequent zufügte. Sein Eintritt in die Regierung Waldeck-Rousseau hatte immerhin noch den Vorwand als Dedung, daß es galt, mitten im Dreifuß-Rummel eine starke Regierung aus Ruher zu bringen. Doch was Millerand später tat, das deutet darauf hin, daß es ihm nurnoch um eines ging: sich an der Macht zu erhalten und diese Macht zu erhöhen. Auf diesem Wege wurde Millerand, der ehedem wenigstens eine Episode in der sozialistischen Bewegung bildete, zum Nationalisten angekrübelter Färbung, zum Vater des nationalen Blocs und zu dessen Einheitsführer zugleich. Sein ehrgeiziges, strupelloses Weisen hat ihm viele Feinde gemacht, das französische Volk, das der nationalistischen Marktschreier überdrüssig geworden ist, hat sich nun auch seiner als eines Hindernisses der Herstellung der Ordnung und des Friedens entledigt.

Der in Frankreich betriebene Rehrens, die

konsequente Art, mit der gegen die Verhinderer der Wiederherstellung des Friedens der Welt vorgegangen wird, ist ein notwendiger Erneuerungsprozess und muß lebhaftes Genugtuung wecken. Der Sturz Millerands war notwendig als der Sturz des Vertreters einer Richtung, die es nicht zulassen wollte, daß die Klust überbrückt werde zu einer Politik der Vernunft, der Menschlichkeit und der gegenseitigen Rücksichtnahme. Doch die Reinigungsarbeit in Frankreich erinnert daran, daß auch noch in einem anderen Staate eine solche Herkulesarbeit zu leisten ist, um die Gewalttätigkeit, die Europa im Banne hält, aus der Welt zu schaffen, das ist Deutschland. Auch dort werden gegen das Staatsoberhaupt Vorstöße unternommen, aber hier ist es die aus den Wahlen gestärkte hervorgegangene nationalistische Meute, die gegen den Präsidenten und gegen die Republik anstürmt. Die neue französische Kammermehrheit zeigt immer deutlicher, daß sie eine aufrichtige Verständigung mit Deutschland herzustellen sucht, nun obliegt es auch dem deutschen Volke, alles zu tun, um diese Verständigung möglich zu machen. Frankreich beginnt zu handeln, indem es die Repräsentanten des früheren chauvinistischen Regimes rückwärtslos beiseitigt, aber auch das deutsche Volk muß sich seiner nationalistischen Kaprediger entledigen, muß zeigen, daß ein neues Deutschland, ein Deutschland der Demokratie und der Friedensliebe auf dem Wege ist. Der Ruf zur Verständigung, den der künftige französische Ministerpräsident jüngst Deutschland entgegenkündete, er muß hier offene Ohren und Herzen finden. Der nationalistische Irrsinn hat namenloses Unheil geschaffen, er muß auf beiden Seiten angeklagt werden, eher für die Welt bessere Zukunftsmöglichkeiten erschaffen können.

Reichskonferenz der tschechischen Sozialdemokratie.

Gegen die Getreidezölle für die Herabsetzung der Industriezölle

Prag, 11. Juni. Heute fand im Stadtsaal des Gemeindehauses der Stadt Prag die Tagung der erweiterten Parteivertretung der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei statt, zu der sich die Mitglieder der Parteivertretung aus allen Gebieten der tschechoslowakischen Republik einfanden. Der Tagung lag Abgeordneter Dampel vor. Den Bericht über die politische Situation erstattete Abgeordneter Reikner, worauf eine umfangreiche Debatte abgeführt wurde. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde in folgender einstimmig angenommene Resolutionen zusammengefaßt:

Die Tagung der Parteivertretung, die in Prag am 11. Juni 1924 über die politische Situation beriet, die durch die Nichterhaltung der Koalitionsvereinbarungen, insbesondere durch die Verzögerung bei der Verhandlung der Sozialversicherung sowie auch durch das Ultimatum des Klubs der tschechischen Agrarpartei in Sachen des Zollschusses der Landwirtschaft und der tschechoslowakischen Handelsverträge entstanden ist, erklärt:

Die Tagung beauftragt die Führung der Partei und beide Klubs, ohne Rücksicht auf die Folgen, die Bestrebungen abzuwickeln, die zwischen der Gewerkschaft der Sozialversicherung und den Forderungen der tschechischen Agrarpartei ein Punktum schaffen wollen. Die Tagung genehmigt das bisherige Vorgehen der Führung der Partei und beider Klubs in diesen Dingen und erklärt, daß die Sozialversicherung mit größter Beschleunigung verhandelt werden und ohne irgendwelche Kompensationen an irgendwelche Partei Geleit werden muß. Durch ihre Auslaufen für Forderungen der einzelnen Parteien würde eine Situation geschaffen werden, die die Gewerkschaft der Sozialversicherung ernstlich bedrohen würde. Die Tagung erinnert an die Fristen, die bei der Bildung der Regierung für die parlamentarische Verhandlung und die Gewerkschaft der Sozialversicherung bestimmt wurden und konstatiert, daß sie nicht eingehalten wurden. Die Tagung erachtet es als einen Bruch der Koalitionsloyalität, wenn der Klub der agrarischen Partei durch neue Lösung von Schwierigkeiten die Verhandlung der Sozialversicherung hinausschiebt. Die tschechoslowakische Sozialdemokratie, im Bewußtsein der Größe des Wertes der Sozialversicherung, ihrer Bedeutung für die innere Festigung des Staates und als Befriedigung der breiten Volksschichten, im Bewußtsein, daß es sich hier um das Existenzinteresse der großen Mehrheit der Bevölkerung des Staates handelt, hält das Geleit über die Sozialversicherung für den Schwerpunkt des Programms der heutigen Regierung und seine rasche Gewerkschaft für eine staatliche Notwendigkeit.

Die Tagung der Partei konstatiert, daß die Führung der Partei und die beiden Klubs die ganzen Jahre der Koalitionsregierungen hindurch immer loyal erfüllt, was in gemeinsamem Arbeitsprogramm beschlossen wurde und immer ehrenvoll das gegebene Wort hielten, auch wenn manchmal die Verpflichtungen noch so schwierig waren. Der Klub der agrarischen Partei und die Presse dieser Partei berufen sich irrtümlich auf das Regierungsprogramm und die Vereinbarungen der Koalitionsparteien in der Zollfrage bei der Bildung der jetzigen Regierung. Die Tagung konstatiert nach den vorgelegenen Dokumenten, daß die Führung der Partei in der Zollschrift vom 12. Oktober 1922 an den Vollzugsausschuß der koalitierten Parteien ihren Programmtext in der Zollfrage folgendermaßen formuliert:

„Mit Rücksicht darauf, daß die koalitierten Parteien bei Durchführung der Zollpolitik vom Grundsatze der Parität zwischen der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion ausgehen werden, werden die landwirtschaftlichen Zölle einer Revision unterworfen und zwar so, daß die Landwirtschaft die nötigen Industrieprodukte zu billigen Preisen erhält.“

Ein ähnlicher Standpunkt wurde von unseren Vertretern schon vor dieser Kundgebung in allen Beratungen über die Bildung der Koalition eingenommen und niemand konnte über die Dinge im Zweifel sein.

Die tschechoslowakische Sozialdemokratie hat immer anerkannt, daß der gegenwärtige Stand der Volkswirtschaft ungerechtigt ist und sie spricht sich für die Beseitigung der Ungleichheit im Volkswirtschaft durch Abbau der übermäßigen Industriezölle aus.

Die Tagung erkennt an, daß die landwirtschaftliche Erzeugung unter gewissen Bedingungen Schutz und Unterstützung bedarf, was besonders für die Gärtler, Kleinbauern und landwirtschaftlichen Arbeiter gilt. Unterstützung und Schutz kann am besten durch Maßnahmen erreicht werden, die zur Erhöhung der landwirtschaftlichen Produktion und zur Herabsetzung der Preise der Industrieerzeugnisse führen, welche der landwirtschaftliche Produzent für seine Erzeugung bedarf.

Die Tagung der Parteivertretung der tschechoslowakischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei fordert alle organisatorischen Glieder und die Anhänger der Partei an, nicht in fleißigen Vorkämpfen für jenen Fall zu säumen, in dem sich die politische Situation die ängstlichsten Mittel der Lösung erzwingen würde.

Inland.

Das Ende einer Haupt- und Staatsaktion.

Als feinerzeit bei der Verhandlung der Spi-rituskorruptionsaffäre im Abgeordnetenhause der kommunistische Abgeordnete Haken gegen die Vertuschungstaktik der Regierung durch demonstrieren zu vermeinte, daß er eine Spiritusflasche, in deren Kork ein rot-weiß-blaues Fähnchen steckte, auf den Ministertisch stellte, erhob sich sofort ein Demonstrationsschrei, das die tschechische Staatsflagge beleidigt wähnte und laut nach dem Rudi rief. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses unterlag den Einschüflerungen der Drahitzkyer der Koalition und ersattete gegen Haken die Strafanzeige, worauf die Staatsanwaltschaft gegen Haken die Anklage wegen Uebertretung des § 20 des Gesetzes zum Schutze der Republik erhob. Nach lange vor der Verhandlung, die am gestrigen Tage stattfand, prophezeiten die Koalitionspolitiker, daß Abgeordneter Haken des Mandates verlustig gehen werde! Es kam aber anders. Das Gericht erwieb sich als freisinniger und demokratischer als die Koalitionsmacher und verurteilte Haken zu fünf Tagen Arrest oder 500 Kronen unbeding. Das Verbrechen ist also nach der Meinung des sicher dem liberalen Justizminister Dolansky als dem Kommunisten näherstehenden Gerichtes nicht so schwer, wie die tschechischen Politiker zu wähnen glaubten.

Der Arbeitslosentredit im Budgetausfluß.

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses referierte über den von der Regierung zur Durchführung des Arbeitslosenunterstützungsgesetzes verlangten Kredite von 80 Millionen Kronen Abg. Trnobraunsky (Nat. Soz.). Unsere Genossen beantragten eine Erhöhung des Kredites auf 150 Millionen Kronen. Der landwirtschafliche Abg. Windirsch stellte einen

Resolutionsantrag, daß ein Teil des Kredites den Selbstverwaltungskörpern zur Verfügung gestellt werde, um damit Straßensanierungen und andere Volkswirtschaftsarbeiten durchzuführen. Der Antrag löst eine längere Debatte aus, in welcher zunächst Genosse Taub feststellte, daß wir immer für eine produktive Arbeitslosenfürsorge eingetreten sind und um diese zu ermöglichen, die Erhöhung des Kredites auf 150 Millionen Kronen beantragt haben. Die Volkswirtschaftsarbeiten der Gemeinden können aber nicht allein aus staatlichen Mitteln bestritten werden, es müssen hierzu die Gemeinden selbst Beiträge leisten. Man kann nicht verlangen, daß die Arbeitslosen für die lange Unterstützung schwere Arbeiten verrichten.

Der zweite Redner des Bundes der Landwirte Abg. Böckmann spricht ganz klar aus, daß mit dem Antrage des Abg. Windirsch bezweckt wird, ohne eine Zuzuschußleistung der Gemeinden die Arbeitslosen zu öffentlichen Arbeiten heranzuziehen. Seine Partei will nicht, daß die Arbeitslosen zu Pensionären mit schwindigen Bezügen gemacht werden. Er behauptet, daß die Gemeinden ohnedies arg durch die Unterstützung der Arbeitslosen aus ihren Mitteln in Mitleidenschaft gezogen werden und daß mit Recht verlangt werden kann, daß die Arbeitslosen ohne einen weiteren Zuzuschuß für die vom Staate erhaltene Unterstützung zu Arbeiten herangezogen werden.

Gegen diese Ausführungen wendet sich der Genosse Hadenberg, welcher es als ein unbilliges und unmögliches Verlangen hinstellt, für die geringe Arbeitslosenunterstützung ohne einen weiteren Zuzuschuß die Ausführung von Arbeiten zu verlangen, bei welchen sich die Arbeiter die Kleider vom Leibe reißen und kräftiger essen müssen, als wenn sie nicht zu arbeiten brauchen. Es gibt Gemeinden, welche nicht einmal vorgesorgt haben, daß die zeitweilig zu öffentlichen Arbeiten verwendeten Arbeiter, welche nur die Arbeitslosenunterstützung erhalten, in die Krankenversicherung eingereiht werden. Wir wenden uns deshalb gegen den Antrag Windirsch und verlangen, daß das Gesetz über die Zuzuschußleistung an die Arbeitslosen bei Verwendung zu öffentlichen Arbeiten durchgeführt wird.

Gegen den arbeiterfeindlichen Antrag Windirsch spricht noch der Referent sowie der Abg. Papcl.

Windirsch selbst versucht zu bestreiten, daß der Antrag eine antisoziale Tendenz hat und erklärt, daß er nichts anderes bezwecken wollte, als auf eine möglichst billige Weise die Durchführung öffentlicher Arbeiten zu ermöglichen. Bei der Abstimmung wird der Antrag Windirsch mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

In der heutigen Sitzung sollte gemäß der Zusage des Vorsitzenden Bradas als erster Punkt der Vertrag mit der Spiritusgesellschaft verhandelt werden. Dieses Versprechen ist nicht eingehalten worden, worauf sowohl der Abg. Windirsch, wie Genosse Taub aufmerksam machten. Genosse Taub erklärte hierbei, daß wir die Angelegenheit absolut nicht ruhen lassen und daß wir dafür sorgen werden, daß zu einem uns passenden Zeitpunkt eine Erklärung und Darlegung des Sachverhaltes vor der breitesten Öffentlichkeit erfolgen wird. Auch der Budgetausschuß wird um die Erörterung dieser Frage nicht herumkommen.

Die Abgeordneten der kommunistischen Partei fehlten in der Sitzung.

Ein Brief Bethnns.

Minister Bethnns richtete an das „Pravo Lidu“ aus Capri einen Brief, in dem er sagt, daß er seit Ueberschreiten der Gren-

zen der Republik erst am Tage der Wshnung des Briefes — 1. Juni — eine Menge von Zeitungsanschnitten über die Angelegenheiten dabeim bekommen habe. Er führt aus, daß er wohl vor seiner Abreise nicht die Demission überreichte, aber das Präsidium der Partei ersuchte, zu seinem Austritte aus dem Kabinett die Genehmigung zu erteilen. „Die Sache ist sehr einfach“ — sagt Bethnns — „und ich weiß nicht, warum sie nicht der Öffentlichkeit mitgeteilt werden soll, wenn sie sich dafür interessiert. Ich war allerdings durch das warme Interesse überrascht, aber eine solche Kampagne gehört schon zu unseren politischen Sitten. Meine Rechmung werde ich belegen, sobald ich zurückkomme, wenn ich nicht an das Amt gebunden bin, soweit dies im Interesse des öffentlichen Lebens liegt. Gegenwärtig lene ich mir Reserwe auf. Als mir die Ärzte sagten, daß zur Heilung eine ungefähre viermonatige Frist notwendig sei, ersuchte ich das Präsidium der Partei mir zu gestatten, die Demission zu überreichen, aber das Präsidium entschied anders, militärisch. Wann ich zurückkehre, ob ich vor meiner Rückkehr demissionieren, oder ich im Amte verbleiben werde, darüber wird der Arzt entscheiden.“ Bethnns sagt, daß er nie die Öffentlichkeit mit seiner Krankheit belästigt habe, er habe sein Kreuz stets selbst getragen. Dabei sei ihm Suchla Beispiel gewesen, „dieser bescheidene und dabei wirklich große Held, der bereits zwei Jahre mit dem Tode in der Seele herumgehe, dabei aber auf der Stelle verharre, wo ihn die Republik benötigt“. Er habe eine Reihe von Jahren in der Lebererzenuung gelebt, daß sein Leben verloren sei. Nun hätten ihm die Ärzte erklärt, daß die Krankheit heilbar sei. Das sei für ihn entscheidend gewesen. Da sei für ihn entscheidend gewesen; er wird den Versuch machen. Er liebe das Leben und hänge an ihm, weil er über alles auf der Welt die Republik und die Arbeiterbewegung liebe. Er sei entschlossen, die Entscheidung über sich dem Arzte zu überlassen.

Tschechische Jugendkonferenz. Die Jugendorganisation der tschechischen Sozialdemokratie hielt zu Pfingsten ihren Reichstagskongress in Prag ab. Nach Eröffnung der Konferenz durch den Vorsitzenden wurde diese von den Vertretern anderer sozialistischer Jugendorganisationen begrüßt. Der Verband der sozialistischen Arbeiterjugend in der Tschechoslowakei hatte ein Begrüßungsschreiben geschickt, der Reichsjugendtag in Tepliz sandte ein Telegramm. Zunächst referierten die Genossen Pausmann über die Beschlüsse des Parteitages in Mährisch-Osttau, Matina über den wirtschaftlich politischen Kampf der Jugend und Dvorkal über die internationale Arbeiterjugend, worauf eine ausführliche Debatte folgte. Dann hielten noch die Genossen Marek und Bauer Referate. Der erste sprach über das Verhältnis der tschechischen Arbeiterjugend zur Armee. Er erklärte, daß die tschechische Jugend nicht gegen die Verteidigung dieses Staates sei, daß sie sich aber das Recht der Kritik des gegenwärtigen Militärsystems vorbehalte. Der Geist der Armee entspreche nicht den Intentionen des tschechischen Sozialismus. Die Konstitution des Jugendorgans, weil dieses die Verhältnisse in der tschechoslowakischen Armee angeprangert hätte, zeigt, wie stark sich die Reaktion fühlt. Die tschechische sozialdemokratische Arbeiterjugend sieht auf dem Standpunkt der Militä, wenn sie auch anerkennt, daß ihre sofortige Einführung aus außerpolitischen Gründen unmöglich ist. Nach den beiden Referaten sprach in der Debatte Genosse Stivin, der die Kritik, welche am Klub der Abgeordneten geübt wurde, zurückwies. In der Debatte wurde auch die Vereinigung der beiden Jugendorgane „Omladina“ und „Mladý socialista“ aufgeworfen, ein Beschluß wurde jedoch nicht gefaßt. — Am Pfingstmontag wurde die Tagung geschlossen.

Ausland.

Der Krafauer Miesenprozeß.

(Von unserem Berichterstatter.)

Am 2. Juni begann vor den Krafauer Geschworenen der Prozeß wegen der Ereignisse am 6. November 1923. Wie bekannt, hat die Regierung Witos damals auf den Streik der Eisenbahner und Postbediensteten mit der Mobilisierung geantwortet. Streikversammlungen wurden verboten, Militär, Kanonen und Flugzeuge gegen die streikenden Arbeiter aufgeboten. Der Schluß war die Entwaffnung des Militärs und der Polizei, welche auf die versammelten Arbeiter vor der Krankenkasse in Krafau geschossen hatte. Ueber telegraphischen Auftrag der Regierung wurde mit den Arbeitern Waffenstillstand geschlossen. Kurze Zeit darauf, als man sich wieder sicher fühlte, begannen die Verhaftungen. Als erster wurde der von den Rechten am meisten gehaßte Führer der Unabhängigen polnischen Sozialisten Dr. Drobnier verhaftet. Nach ihm der Sohn Daszynski, dann Dr. Langrot, der Kommandant der Schützenformation, bekannt aus den polnischen Befreiungskämpfen, der gewesene Abgeordnete und Direktor der Krankenkasse Klementiewicz, der Abgeordnete Stanek, den der Sejm ausgeliefert hat und viele andere mehr. Die Anklageschrift umfaßt ein ziemlich starkes Büchlein im Kleinformat, der gesamte Akt selbst tausende Seiten. Bis heute sind kaum ein Drittel der Angeklagten vor dem Gericht einvernommen. Der Vorsitzende Martewicz läßt es an zünftigen Bemerkungen gegen die Angeklagten nicht fehlen, wie er denn überhaupt in überaus parteiischer Weise die ganze Verhandlung leitet. Dr. Drobnier, der eine umfassende Darlegung der Umstände und seines Verhaltens geben wollte, verzichtete auf jede Aussage, da ihm der Vorsitzende nur gestattete, auf die einzelnen Anklagepunkte „präzise“ zu antworten.

Mit Ausnahme der Rechtspresse, die in den gemeinsten Bemerkungen über die Personen der Angeklagten sich ergeht und mit Wohlbehagen und Fettdruck jede zünftige Bemerkung des Vorsitzenden ihren Lesern aufsticht, registriert die übrige Presse in objektiver Weise den Verlauf des Prozesses, der heute ganz Polen in Atem hält. Da die Verhandlungen noch ungefähr vier Wochen dauern werden, kann man sich nach dem bisherigen Verlauf auf Ueberraschungen gefaßt machen.

Dem eines ist sicher, dieser Prozeß ist von den Regierungsparteien in erbärmlich schlechter Weise inszeniert worden; er ist ein miserabler Nachahmer der großen politischen europäischen Prozesse. Die Unmenge der Angeklagten, die oft in keinem direkten Zusammenhang stehen, verwirren die Uebersicht. Diese Absicht der Anklage hat nun ein Teil der Angeklagten bloßgestellt, die zugeben, daß sie im offiziellen Dienste der Defensiv — das ist die polnische Nachfolgerin der Drahna — gestanden sind. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Anklage die Aussagen dieser „Mitangeklagten“ einzig und allein dazu benützen will, um die „wirklich Schuldigen“ der gerechten Strafe zu überliefern. — Die bedeutendsten Advokaten Polens haben in diesem Prozeß die Verteidigung übernommen, darunter auch Genosse Dr. Lieberman. Es vergeht kein Tag, an dem es zwischen der Verteidigung und dem Vorsitzenden zu bestigen Auseinandersetzungen kommen würde. Die Verteidiger beantragen des öfteren die Protokollierung der parteiischen und zünftigen Bemerkungen des Vorsitzenden; ihre Anträge werden glattweg abgelehnt.

Die Krafauer Verhandlungen werden die Verhältnisse in Polen viel krasser beleuchten als es

Die kleine Lotte. (15)

Von Simone Bobbe.

Uebersetzt von Dr. Anna Kufbauer, Copyright by Interterritorialer Verlag „Mena'fiance“, Wien.

Vater kommt nur zu den Mahlzeiten. Am ersten Tag tritt er an Lotte heran, sie zu umarmen. Sie wird ganz bleich, erwidert nicht. Die Mahlzeiten sind ihr Qual. Sie sitzt ihm gegenüber, öffnet nicht den Mund. Ist schnell, um in die Schule zurückzukehren. Am Abend macht sie es ebenso, setzt sich dann mit einem Buch in eine Ecke. Charles versucht dagegen anzukämpfen, zu ihr zu sprechen. Macht sich über sie lustig.

„Dast wohl deine Zunge bei den Ganssen gelassen?“ Er erreicht nichts. Erzürnt, droht er mit Ohrfeigen. Lotte hebt den Kopf, blickt ihn so voll Verweissung und Verachtung an, daß er es nicht wagt.

Was empfindet er vor ihr? Unerttragliches Gefühl der Scham. Gern möchte er sich davon befreien, sie um Verzeihung bitten, ihr sagen, daß er bereut, erklären. So oft er es unternommen will, findet er keine Worte. Fühlt Unzulänglichkeit, die ganze Tragweite seiner verhängnisvollen Tat, die ihm sein Kind für immer entfremdet hat. Dann wieder will er sich einreden, wie er es Lise gegenüber zu glauben vorgibt, daß er nichts Tadelnswertes getan. Verhüllt es ungeschickt, mit gutmütig polterndem Wesen. Er liebt seine Tochter, ist aber kein Seelenkennner. Er begreift nicht, daß zwischen ihnen nichts möglich ist als Haß, wenn nicht Vergessen. Sein Verbrechen besteht darin, eine junge, stolze, zärtliche Seele auf das tiefste erschüttert zu haben, indem er einen ganz natürlichen Gefühlserguss mit einer Schändlichkeit beantwortete. Er hat die Reinheit verkannt, sie das Mißtrauen gegen sich selbst gelehrt. Lotte wacht ängstlich über jede

Bewegung, jedes Wort. Zieht sich immer mehr und mehr in vorsichtige Verschlossenheit zurück.

Charles hat einen Anfall von Vernunft, will sein Leben neu beginnen. Nimmt sich gutes Betragen vor. Das scheint sonderbar schwierig und das Ergebnis ist gering im Vergleich zur Vernünftung. Von Tag zu Tag wird es ihm klarer, daß das Uebel, das er verschuldet, nicht wieder gutzumachen sei. Wie würde sein Kind zu ihm zurückkehren. Zu Ende sind die einzigen, reinen Freuden, die ihm vergönnt gewesen. Diese Freuden, die ihm gestatteten, die schönen Lernstunden seiner Jugend wieder zu leben, als auch er noch las und dachte. Warum schäme er sie zu spät? Warum verstand er zu spät, daß auch er niemals auf sie hätte verzichten dürfen? Wahrscheinlich, die Strafe war zu hart für die Verschlung. Charlotte übertrieb die Empfindlichkeit, zeigte harinadigen, bösen Willen, zu nachhaltige und beleidigende Verachtung. Ah! die's Mädchen war ebenso eigensinnig wie seine Mutter!

So find wir immer bereit, die anderen für unsere Frentümer verantwortlich zu machen. Vereit, uns selbst zu täuschen. Charles weiß, daß es falsch ist. Würde Lise sich erlauben, es zu sagen — er würde ihr bestig die Frechheit verweisen. Seine Tochter ist zu intelligent, die gleich ihm, er hat ihr Böses getan. Es ist grausame Ungerechtigkeit, daß es überhaupt hat geschehen dürfen, er hat es nie gewollt.

Lises Mißverstehen ärgert ihn auch. Früher hat sie Lust nicht gefannt, jetzt scheint sie nichts von Neue zu wissen. Ueber sie hat er einen Sieg errungen. Es gewährt ihm ungeheure Befriedigung. Er hat sie gebändigt, verachtet sie jetzt und bleibt im Innersten unbefriedigt. Nun vernachlässigt er Lise, da sie zärtlich geworden, nachdem er sie so lange gequält, als sie ihm widerstand. Die Unglückliche begreift es nicht. Ihre Vorurteile halten sie davon ab, zu klagen, vertreten bei ihr die Stelle der Würde. Aber sie ver-

hindern auch Selbstgeändnis, daß sie darunter mehr leidet als unter allem anderen.

Charles war immer hochmütig. Nun ist er von unerträglich Einbildung. Nichts ist gut, was nicht von ihm kommt. Er ist geizig geworden; was nicht für ihn bestimmt, ist immer zu teuer. Bei Tisch muß er eigenes Eßbesteck und Glas haben, ausgewählte Speisen, die niemals seinen Wünschen entsprechen. Straß ist häufig hängt er an, schlecht Lotte heimlich fort, um in der Werkstatt zu lesen. Wenn Lise es bemerkt, hält sie sie zurück, entlädt ihren Zorn auf sie: „Verzweifelt! Altes, was man aussteht, ist ihr ganz gleichgültig!“

Lise klagt die Bücher an, der Tochter den Kopf zu verdrücken. Am Abend, nach dem Essen, hätte sie gern, daß Lotte zur Arbeit komme, sie zu erlernen. Lotte weigert sich. Mutter will sie strafen, bemächtigt sich ihrer Schultasche. Aber sie muß sie ihr wiedergeben — sind doch die Schulbücher darinnen. Im übrigen — wenn Lotte auch nicht liest, so arbeitet sie darum noch nicht. Sie sitzt unbeweglich, schweigend, in Nachdenken verfunken. Weder Strafe noch Vorwurf berühren sie; sie ist von unverständlicher, verwirrender Apathie. Die Mutter ist bestürzt, erinnert sich der Drohung des Arztes, daß sie blödsinnig werden könnte, wie man sich eines bösen Zauberspruchs erinnert; denkt ernstlich daran, das Kind in ein Kloster zu geben.

Auch in der Schule findet man Lotte sehr verändert. Rachel ist nicht mehr da, niemand weiß recht warum; man schreibt Lottes Traurigkeit ihrem Fernbleiben zu.

Lotte arbeitet fleißig. Sie erträgt die Nede-reien ihrer Gefährtinnen, ohne sie zu erwidern. So lassen sie sie schließlich in Ruhe. Mademoiselle Collon überrascht sie, wie sie während der Pause im Evangelium liest. Sie spricht ihr sanft zu, fragt, ob sie zur ersten Kommunion gehen werde. „Nein,“ antwortet Lotte, „das ist nicht not-

wendig.“ Eine Zeittang bemüht sich die Lehrerin, freundlich zu sein. Sie erhält nur kurze, einsilbige Antworten. Wie sie, des Kampfes müde, sich entfernt — steif, majestätisch, langsam — folgt ihr Lotte mit den Augen, murmelt: Pharisäerin.

Lotte wird jetzt nur selten gestraft. Trotzdem muß Mademoiselle Collon, bei besonders umangenehmen Gelegenheiten, zweimal einschreiten.

Sie findet ihren Stuhl voll Urnte beklezt und da sie die Schuldige nicht entdecken kann, droht sie, die ganze Klasse zu bestrafen. Lotte erhebt sich:

„Ich hab's getan.“
Aber Georgette Blanc, die ungezogenste und schlechteste Schülerin, steht auf und sagt, sie sei es gewesen. Lotte gesteht ihre Lüge, bekommt eine Moralpredigt. In derselben Woche erringt sie sich das Ehrenkreuz und am Montag sieht Mademoiselle Collon mit Erstaunen, daß Georgette Blanc Lottes Kreuz trägt. Lotte hat es ihr geschenkt.

Mimi wird ein Brief übergeben, den sie den Eltern heimbringen soll. Lise, welche das neue Wesen ihrer älteren Tochter beunruhigt, hat Mimi beauftragt, ihr zu berichten, was ihre Schwester in der Schule treibe. Mimi kümmert sich nicht um sie. Sie ist immer von einer Schaar schwächerer kleiner Mädchen umgeben. Sie vergessen rasch die zu traurige Lotte. An Donnerstag, und Sonntagnachmittagen finden sie sich alle auf dem Boulevard zusammen. Mimi spielt. Lotte sitzt auf einer Bank und liest. Jede vor ihnen bekommt zehn Centimes für Vesperbrot. Lotte spart sie auf. So kann sie von Zeit zu Zeit an Derrichte Bageot lange Briefe schreiben, in denen sie ihr Entsagung predigt. Vier Monate nach Lottes Heimkehr stirbt das arme Mädchen. Lotte schreibt dem Alten, der jetzt bei seinem Sohne wohnt.

(Fortsetzung folgt.)

hunderte von Zeitungartikeln vermöchten. Die Einleitung dieser Anklage — es sollte eine allgemeine Amnestie erlassen werden und darüber werden möglicherweise der gewesene Ministerpräsident Witos und die führenden Genossen der P. P. S. gehört werden — ist ein Erfolg des polnischen Faschismus, der heute frecher denn je hofft, durch diesen Prozeß das polnische Proletariat mit Gewalt mundtot zu machen.

Ueber den Verlauf und den Ausgang werden wir noch berichten.

Telegramme.

Die Eröffnung des Berliner Parteitag.

Berlin, 11. Juni. (Eigenbericht.) Am späten Nachmittage sah die Prinz-Albrecht-Straße mit dem stolzen Bau des Abgeordnetenhauses einen Anmarsch von Männern und Frauen, wie ihn dieser Parlamentspalast in seiner 25-jährigen Geschichte noch nicht erlebt hat. Delegierte des sozialdemokratischen Reichsparteitages und Hunderte von Berliner Genossen und Genossinnen stiegen die großen Freitreppe hinauf, um für einige Tage von dem Gebäude des einstigen Dreiklassenhauses Besitz zu nehmen. Ueber dem Präsidentsitz grüßte August Bebel's Bildnis, des unermüdeten Kämpfers des allgemeinen gleichen Wahlrechtes. In dem Saal, auf der ganzen Seite des Podiums, bilden rote Standarden und Fahnen der Sozialdemokratie Berlins, U. S. P. D. neben S. P. D., ein Sinnbild der geeinigten Partei. Rechts von dem Rednerpult haben die Vertreter ausländischer Bruderparteien ihren Ehrensitz. Das Abgeordnetenparlament ist mit Delegierten dicht besetzt. Unter ihnen sieht man die grauen Köpfe von Edward Bernstein und Adolf Hoffmann. Auch manche Genossen und Genossinnen erblickt man, die bei der letzten Reichstagswahl unterlegen sind und nun herbeigezogen sind, um mitzuhelfen am Wiederaufbau der Partei, nach dem vorhergehenden Sturm des vergangenen Jahres. Zuhörer- und Pressetribünen sind überfüllt. Ein Berliner Arbeiter-Gesangverein tritt hervor und begrüßt den Parteitag mit zwei stimmungsvollen Chören. Die Sänger zeigen sich als geschult und finden den verdienten Beifall. Schon die Eröffnungsrede des Berliner Parteivorstandes Kunze ist nicht nur ein Bekennnis zur Einheit der Partei, sondern auch zu dem Willen, in kameradschaftlichem Meinungskampf die Richtung für die kommende Zusammenarbeit der Sozialdemokratie zu suchen. Dann steht Crispian am Rednerpult. Er spricht als Vorsitzender der Gesamtpartei. Er feiert die Republik mit vollem Recht als den gegebenen Kampfboden für die deutsche Arbeiterklasse. Er unterstreicht die geschichtliche Bedeutung der Einigung zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialdemokraten; der beste Beweis für die Wichtigkeit der Einigung sei der Verfall der unbedeutenden Seiten, die sich der Einigung widersetzt hätten. Auch der Bolschewismus in Deutschland sei ohne innere Kraft, wie am besten das Mißverhältnis zwischen seiner Stimmenzahl und seinen Organisationen beweise. Besonders heftig wird der Beifall des Parteitages, als Genosse Crispian unseren ausländischen Bruderparteien Grüße zuruft und erklärt, wenn wir mit ihnen alle zu beraten hätten, würden wir in einer Stunde über die Reparationsfrage einig sein. Zu Vorsitzenden wurden heraus Wels und Dittmann gewählt. Wels beginnt seine Tätigkeit mit einem herzlichen Nachruf für die vielen Toten, die die Partei in dem vergangenen Jahre verloren hat. Der Parteitag hört diese Ehrung der aus dem Leben geschiedenen Kampfgesellen stehend an. Im weiteren Verlaufe wird die Tagesordnung angenommen. Der Parteitag wird dann begrüßt durch De Trouwquére namens der Internationale und der belgischen Partei, Bell namens der englischen und Aundersen namens der dänischen

Partei. Die Ansprachen der ausländischen Genossen werden mit stürmischem Jubel aufgenommen.

Unter den Vertretern der ausländischen Bruderparteien befindet sich auch Abg. Bohl als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei. Nachdem Vorsitzender Wels mitgeteilt hatte, daß eine Reihe von Anträgen, darunter auch einer auf Ausschluß des Reichspräsidenten Ebert aus der Partei eingelaufen seien, und deren Verhandlung auf morgen beantragt, schloß er kurz nach 9 Uhr die Sitzung.

Vor einem Eisenbahnerstreik in Deutschland.

Berlin, 11. Juni. Die Lage in der Eisenbahnerbewegung scheint sich erheblich zu verschärfen. Heute fand eine Sitzung der Funktionäre des größten Verbandes, des deutschen Eisenbahnerverbandes statt, die sich fast einstimmig für den Eisenbahnerstreik aussprach. Es wurde beschlossen, dem Reichskanzler, dem Finanzminister und dem Verkehrsminister morgen eine Resolution in diesem Sinne zu überreichen. Jedenfalls findet aber morgen noch eine Besprechung der Regierung mit den Organisationen statt, um so mehr, als aus dem besetzten Gebiete ebenfalls bedrohliche Nachrichten über die Stimmung unter den dortigen Eisenbahnern eingegangen sind. Ferner soll morgen eine Besprechung der drei gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stattfinden, um die Forderungen der Eisenbahner auf eine einheitliche Formel zu bringen.

Ende des ungarischen Bergarbeiterstreikes.

Budapest, 11. Juni. (M. T. N.) Auf Intervention des Handelsministers wurden die zwischen den Kohlengrubenbesitzern und den Bergarbeitern bestehenden Lohnunterschiede ausgeglichen, so daß der seit 8. Mai dauernde allgemeine Ausstand der Bergarbeiter mit dem heutigen Tage als beendet angesehen werden kann.

Der russisch-polnische Konflikt.

Warschau, 11. Juni. Nach einer Mitteilung des Außenministeriums überreichte der russische Volkskommissar für Außenere Tschiicherin dem polnischen Gesandten in Moskau Darowski am 4. d. M. eine Note, in welcher erklärt wird, daß die Abgabe der polnischen Regierung, auf die Note der russischen Regierung vom 10. Mai d. J. eine meritorische Antwort zu erteilen, von der Sowjetregierung als eine Verletzung des Art. 7 des Rigaer Vertrages betrachtet werden muß. Die russische Regierung protestiert dagegen und erklärt, daß die in ihrer Note angeführten Tatsachen der Begründung der nationalen Widerheiten in Polen allgemein bekannt sind. Da die Sowjetregierung die Angelegenheit genügend aufgeklärt hat, erachtet sie die weitere Diskussion darüber als vollkommenen überflüssig. In Antwortung dieser Note richtete Außenminister Jamowski am 10. ds. an den russischen Gesandten in Warschau Cholenki eine Note, in welcher u. a. erklärt wird, daß die polnische Regierung unverändert auf dem in ihren vorhergesehenen zwei Notizen festgestellten Standpunkt verharre, wonach die Intervention der Regierung der Sowjetföderation in der Angelegenheit der nationalen Widerheiten in Polen in dem Rigaer Vertrage keine Rechtsbasis besitze. Die polnische Regierung konstatiert daher, ähnlich wie die Sowjetregierung, daß jede weitere Diskussion in dieser Beziehung zwecklos wäre.



Millerand.

Paris, 11. Juni. (Havas.) Millerand überlieferte den Präsidenten der Kammer und des Senats schriftlich seine Demission.

In der Kammer verlas Poincaré das Demissionschreiben Millerands. Die Abgeordneten waren sehr zahlreich erschienen. Die Rechte brach in den Ruf aus „Hoch Millerand!“ Die Linke überschüttete sie mit faststischen Bemerkungen. Poincaré hatte eine Zeitlang zu tun, um die Ruhe wieder herzustellen. Sodann verlas er die Verfassungsartikel, denen zufolge die Kammer und der Senat als Nationalversammlung für Freitag nachmittag 2 Uhr nach Versailles berufen werden, um die Präsidentenwahl vorzunehmen. Nachdem die von der Rechten verlangte Vertagung auf Dienstag abgelehnt worden war, wurde von der Linken durch Handaufheben die nächste Sitzung auf Samstag festgesetzt. Unter allgemeiner Unruhe wurde die Sitzung aufgehoben.

Die Festsetzung der nächsten Sitzung der Kammer auf Samstag ist insofern von Bedeutung, als in der Kammer am Freitag abend sein Kabinett zusammenzusetzen nicht möglich war, so daß er sich Samstag nachmittags bereits den Kammern vorstellen konnte. Es verlautet, daß nach erfolgter Regierungserklärung und durchgeführter Debatte Herriot eine kurze Vertagung der Beratungen in beiden Kammern zu erlangen beabsichtigt, damit er mit den alliierten Regierungen in Fühlung treten kann.

Die Sitzung im Senat war ebenfalls nur der Verlesung des Demissionschreibens und der Anknüpfung des Kongresses gewidmet und verlief in voller Ruhe.

Morgen Präsidentenwahl.

Paris, 11. Juni. (Havas.) Das Präsidium des Senates hat den Kongress für die Wahl des Präsidenten der Republik für Freitag 2 Uhr nachmittags nach Versailles berufen.

Paris, 11. Juni. (Havas.) Am Abend konferierten Briand, Herriot, Dienvenu-Martin und Rene Renoult mit Doumergue. Die demokratische Linke des Senats hat nach einer ziemlich bewegten Sitzung beschlossen, an der Plenarsitzung der Linken, die morgen um 2 Uhr nachmittags im Palais Luxembourg zusammentritt, teilzunehmen. Die beiden Senatoren Dienvenu-Martin, der Vorsitzende der demokratischen Linken, und Rene Renoult haben nach ihrer Rückkehr von der Konferenz bei Doumergue erklärt, daß die an der morgigen Plenarsitzung der Linken nicht als Kandidat auftreten werde und zwar deshalb, weil einige Fraktionen des Senats an dieser Versammlung nicht teilnehmen. An der vorbereitenden Plenarversammlung wird teilnehmen: Der gesamte Linksbloc der Kammer und

die demokratische Linke des Senats. Die Mitglieder der republikanischen Union des Senats könnten ebenfalls teilnehmen, wenn sie nicht selbst beschlossen hätten, sich fern zu halten, weil die republikanische Linke und analoge Fraktionen in der Kammer ausgeschlossen worden sind.

Die Pariser Bresse zum Sturze Millerands.

Paris, 11. Juni. (Havas.) Die Rechts- und Presse bedauert den Rücktritt Millerands, welcher Frankreich hervorragende Dienste erwiesen hat, und drückt die Hoffnung aus, daß in Versailles ein Mann gewählt werden wird, dessen einziger Ehrgeiz es ist, dem Vaterland zu dienen.

Das „Echo de Paris“ wirft Herriot und seinen Freunden vor, daß sie mit Hilfe von Revolutionären den ersten Stoß gegen die Verfassung geführt haben. Die Demission Millerands bedeute nicht das Ende, sondern den Beginn einer Krise, meint das Blatt.

Dem „Figaro“ zufolge haben die Linksfaktionen gefordert nicht nur die Demission des Präsidenten bewirkt, sondern auch die Revision der Verfassung vollführt.

Der „Matin“ glaubt, man könne nicht von einem Abgang Millerands sprechen; man werde ihn als Abgeordneten und Parlamentsmitglied bald wieder begrüßen.

Die Linkspresse verzeichnet mit Befriedigung den von ihr schon vor einem Monat vorausgesagten Gang der Ereignisse.

„Ouvre“ zollt dem Verhalten und der Disziplin der Linken volles Lob und fügt hinzu, daß Frankreich loben klar zu verstehen gegeben habe, daß es keine persönliche Macht dulden könne, auch wenn sie sich unter irgend einem Vorwand Geltung verschaffen würde.

Die „Ere Nouvelle“ schreibt: Millerand, ehemaliger Sozialist und Revolutionär, ist gestürzt worden, weil er sich gegen die Demokratie erheben wollte.

„Humanite“ schreibt, die kommunistische Partei habe, ohne sich zu kümmern, wer mit ihr stünde, reichlich dazu beigetragen, die Atmosphäre zu reinigen und den Schlag gegen den ärgsten Feind des Proletariats zu führen.

Die Tagung des Völkerbundsrates in Genf.

Genf, 11. Juni. (Schw. Dep. Ag.) Am Mittwoch vormittag wurde in Genf die 29. Session des Völkerbundsrates unter dem Vorsitz des schweizerischen Außenministers Dr. Benes eröffnet. An der Sitzung nahmen die Vertreter von Frankreich, Großbritannien, Italien, Belgien, Japan, Schweden, Brasilien, Uruguay und Spanien teil. Zu Beginn der Sitzung erklärte Dr. Benes, man habe mit tiefem Bedauern die Nachricht von dem schrecklichen Attentat vernommen, das gegen den österreichischen Bundeskanzler Konfignore Dr. Seipel ausgeübt wurde. Redner sprach im Namen aller Ratsmitglieder dem Chef der österreichischen Regierung das aufrichtige Beileid aus und wünschte ihm eine baldige vollständige Wiederherstellung. Nach Festsetzung der Tagesordnung ging der Rat zur Besprechung der Frage des Frauen- und Kinderhandels über.

Hierauf folgte die Besprechung der Hungersnot in Albanien. Bekanntlich war der Genfer Univeritätsprofessor Pittard vom Völkerbundrat beauftragt worden, an Ort und Stelle die Hilfseinsätze zu organisieren, und es waren ihm größere Geldsummen zur Verfügung gestellt worden, die aus öffentlichen und privaten Mitteln aufgebracht worden waren. Aus dem ersten Rechenschaftsbericht Prof. Pittards geht hervor, daß eine weitere Summe von 75.000 Frank dringend nötig ist, um den Bedürfnissen zu genügen. Der Rat beschloß daher, einen Appell an die Mitgliedsstaaten zu richten, um eine erfolgreiche Fortsetzung des Hilfswerks zu ermöglichen. Nächste Sitzung des Rates Donnerstag vormittags.

Jawurek.

Von Franz Lill (Wien).

Max Adler hat eine geistreiche und besonders wegen der leichtfasslichen Darstellung für den einfachen Arbeiter lesenswerte Schrift verfaßt: „Der Marxismus als proletarische Lebenslehre“. Darin wird ausgezeigt, wie allein die richtige Erkenntnis von den gesellschaftlichen Kräften und sozialen Zusammenhängen, die der wissenschaftliche Sozialismus vermittelt, den Proletarier aus der Enge und geistigen Dummheit seiner Auffassung befreit, und ihn mit dem starken Glauben erfüllt, mit welchem das proletarische Dasein erst Sinn und Inhalt bekommt. Es ist die Erkenntnis, daß das proletarische Schicksal nur in der großen Gemeinschaft der Klasse, nur im proletarischen Klassenkampf allein gemindert werden kann, es ist die Lehre von der dialektischen Bewegung der geschichtlichen Entwicklung, die dem Arbeiter als eine Erhellung seines eigenen Lebensdaseins, und mehr noch als eine Erlösungslehre entgegentritt, die ihm die Mittel aufzeigt, mit denen er der schreienden Widersprüche seines Lebens Herr werden kann. So ist der Proletarier, der den Sinn und die Lehre des Sozialismus begriffen hat, nicht mehr der in dumpfer Verzweiflung hindrübende Mensch, sondern der mit dem großen Zukunftsglauben erfüllte neue Erdenpflüger, der die Wege zu seiner Befreiung wunderbar erblickt sieht. Es ist die Lehre, die das Licht in der proletarischen Finsternis

nis ist, und die zugleich das ganze proletarische Leben durchwärmt.

Im proletarischen Dasein Karl Jawureks hat dieses Licht und diese Wärme geschlitten. Aus tiefer Finsternis und aus der eisigen Kälte einer geistigen und seelischen Einsamkeit fielen die Schiffe auf den österreichischen Bundeskanzler, aus dieser alten ganz an der Welt, in der alles Unrecht, das der Proletarier tausendfach erlebt, als ein ewiges unabänderliches Fatum empfunden wird. Warum hat Karl Jawurek geschossen? Das führende Kapitalistenblatt Deutschlands hat diese unselbige Tat mit herostratischer Ruhmsucht erklärt, mit dem Gedanken, daß in diesem proletarischen Hirn lebte, eine Tat setzen zu wollen. „Ich, Karl Jawurek aus Pottenstein anerkenne nicht die Verdienste, die sich der Kanzler vor der ganzen Welt erworben hat, ich, Karl Jawurek, meines Zeichens Spinnereigehilfe, bin Zeus, der die Blitze schleudert, und werde den Kanzler vernichten.“ Aber in dieser proletarischen Seele lebte kein Größenwahn, sondern nur der Ungeist jener proletarischen Massenphobie, die an dem geschichtlichen Prozeß der Menschheit keinen Teil hat. Dieser einsame Webergeselle, der in seiner Organisation ist, der nicht einmal seine gewerkschaftliche Pflicht erkannte, und von dem ein Pottensteiner Arbeiter sagt, daß er „ein indifferent war, auch als er für kurze Zeit der Organisation angehörte.“ Dieser verächtliche Eigenbrötler, war innerhalb seiner sozialistischen Klammern ein Fremdling, der hilflos und ziellos durch sein Elend irrte. Und das Elend hatte ihn wie viele von seinen Arbeitsgenossen mit eiserner Faust umklammert. Mit 250.000

Kronen Wochenlohn — wenn er Arbeit hatte, — bestritt er den Lebensunterhalt für seine Frau und zwei Kinder, mit weniger als 18 Friedenskronen mußte er auskommen. Fleisch kannte man nicht einmal an einem Sonntag, und die Frau, der ein mitleidiger Nachbar ein Stück Schmalz geschenkt hatte, sagte: „Ach werde es nicht essen können, wir sind das nicht mehr gewöhnt.“ Jawurek war ein Defraudant, er hatte einem Kameraden 700.000 Kronen, die er für diesen aus der Krankenkassa behoben hatte, veruntreut. Die Not gebiert Böses, und die Bahn des Elends ist abschüssig. Moralfisch gefestigte Charaktere halten Stand, und bleiben aufricht auch im Elend, Karl Jawurek unterlag den Stürmen seines Proletariatschicksals, denn er war ein Einsamer, einer, der sich nicht mit der großen Gemeinschaft verbunden fühlte, der nicht wußte, daß das Einzelschicksal nur mit dem Schicksal der Klasse geändert werden kann, ihm mangelte der Glaube an die Kraft der proletarischen Gemeinschaft, der aufrichtet, und vor dem Sturz in die Tiefe bewahrt. Verdrossen, wegnübe und verzweifelt sah er die Zukunft erschließen. Er hatte gehofft, und wird sich verantworten müssen, und die reichen Textilherrn, die ihm achtzehn Kronen wöchentlich bezahlten, die sein Elend verschuldet haben, bleiben ungeschoren. So weiß verblüht, der unselbige Gedanke an den Ausweg, an den Selbstmord, und in diesem Gedanken mischt sich der satanische Plan vermeintlicher Rache: „nimmt einen mit einem, der an diesem Elend mitschuldig ist.“ Es ist Gift von dem Wollengeist, der einst Maschinen stürzte und gertrümmerte, der auf eine Abschleppart an

Verwandte schrieb: „Haut's zu, was Platz hat!“

Aus dieser dunklen Selbstmordtragödie eines indifferenten Arbeiters, die zugleich zu einem blinden Schicksal des österreichischen Kanzlers geworden ist, können auch die, die aus dem Kampf gegen den Marxismus eine Lebensaufgabe gemacht haben, viel lernen. Die Jawureks gedeihen am besten in der Sonne des Kapitalismus und ihr geistiges oder ungeistiges Wesen, wurzelt in jener Mentalität, aus der heraus wir heute alle die Früchte der nationalimperialistischen Ideologie reifen sehen. In den Jawureks offenbart sich der geistige Niederschlag einer Ordnung, die tausendfach Unrecht erzeugt, und die es Jenen, die dieses Unrecht tausendfach erleiden müssen, verwehrt hat, diese Ordnung abzubauen und durch eine andere zu ersetzen. Und die Jawureks, die in der Nacht ihrer Verblendung zum Revolver greifen werden erst verschwinden, wenn die neue Lebenslehre des Sozialismus die Proletarier aller Länder zum gemeinsamen zielklaren Handeln geführt hat, wenn die Erkenntnis geistiges Gemeingut geworden ist, daß der Kapitalismus und alles Unrecht das er schafft, nur im jähren Klassenkampf überwunden werden kann. Politische Desperados und Bankrottäre des Lebens gedeihen besser auf dem Sumpfboden einer faulen Gesellschaft, als auf den sonnigen Höhen der neuen sozialistischen Lebenslehre, wo gequälte Seelen hoffnungsfroh und glaubensstark in die werdende Zukunft streben!

Genf, 11. Juni. Anlässlich der am heutigen Tage begonnenen Tagung des Völkerbundes sind einige deutsche Unterhändler aus den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Wünderbeitsfrage, darunter Staatssekretär a. D. Lewald, in Genf eingetroffen, um gegen Polen die deutsche Forderung auf Achtung des status quo bis zum Abschluss eines Abkommens zu unterstützen. Der Völkerbundrat wird u. a. einen Bericht über die Ergebnisse der deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien entgegennehmen. Ferner wird der Dreier-Ausschuss des Völkerbundes für die Sicherheitsfrage von den Vorschlägen des nach Polen entsandten Unterkommissärs Whitmore über die Entschädigung der deutschen Ansiedler Kenntnis nehmen.

In Sachen der Saarfrage wird sich der Völkerbundrat nicht nur mit dem englischen Antrag auf Feststellung der Verantwortung der einzelnen Mitglieder der Regierungskommission zu befassen haben, sondern auch zu zwei Räten der deutschen Regierung über die Saarfrage Stellung nehmen müssen. Die erste Note ersucht den Völkerbundrat um Festsetzung einer Frist für die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet, die zweite Note protestiert gegen die Behinderung der zollfreien Einfuhr gewisser deutscher Waren ins Saargebiet.

Das neue japanische Kabinett.

Tokio, 11. Juni. Das neue Ministerium ist zusammengesetzt aus: Ministerpräsident: Viscount Kato, Aussenminister: Shidehara, Finanzen: Hamaguchi, Krieg: General Ugaki, Marine: Admiral Taka- rabe, Justiz: Hotoya und Inneres: Wakatsuki.

Die Kämpfe in Albanien.

Belgrad, 11. Juni. (M. T. J.) Nach hier eingetroffenen Meldungen von der albanischen Nordgrenze haben die albanischen Truppen Redschakoff's Befehl in der Matija, den wichtigsten Stützpunkt der Regierung besetzt. Die Regierungstruppen haben sich an den Mat zurückgezogen. In der Umgebung von Tirana wird gekämpft. Wie aus Prirend gemeldet wird, sei die Regierung nach Durazzo geflüchtet. Nach hier eingetroffenen Meldungen Dibra haben die Aufständischen Portica besetzt.

Die Benzintorruptionisten.

Fortsetzung des Verhörs mit den Angeklagten im Benzinprozeß.

Prag, 11. Juni. Während der heutigen Verhandlung war der Schwurgerichtssaal unvergleichlich stärker besetzt als gestern, das Interesse des Publikums konzentrierte sich hauptsächlich auf die Aussagen des Angeklagten Svatek, der ja durch seine Stellung als Chefredakteur des Amtsblattes mit zu den wichtigsten Persönlichkeiten in dieser Stadt zählt.

Zu Beginn der Verhandlungen wird der Angeklagte Anton Rejedyh,

Kaufmann in Prag einvernommen, der sich als nicht schuldig erklärt. Rejedyh weist darauf hin, daß er die kompetenten Stellen im Verteidigungsministerium auf die Protektionstätigkeit bei der Vergabe der Lieferungen allerdings ohne Erfolg aufmerksam gemacht habe. Nicht er habe den Staat geschädigt, sondern jene Kreise, die seinen Warnungen kein Gehör schenken wollten. Rejedyh bespricht dann die Antikörper seiner Beziehungen zum Obersten Adam, weiters erzählt er von dem Besuche des Staatskapitäns Bombela in seiner (Rejedyh's) Wohnung und charakterisiert hierauf die Rolle der Firma Stratulat. Diese Firma war der ausschließliche Lieferant des Verteidigungsministeriums und hatte es verstanden, alle anderen Bewerber rechtzeitig aus dem Felde zu schlagen. Rejedyh mußte bei seinen Vorlesungen immer wieder erfahren, daß gegen die Firma Stratula wegen ihrer glänzenden Verbindungen nichts anzuhängen sei.

Angeklagter Rejedyh stellt unter anderem fest: Es sei ihm sonderbar vorgekommen, daß sich keine der hiesigen Firmen an den Staatslieferungen beteiligen konnte. Den Grund habe ihm Herr Stratulat selbst erzählt.

Stratulat habe nämlich erklärt, daß seine Position deshalb so fest sei, weil er von Dr. Kassin unterstützt werde, mit dem er jederzeit eingekerkert war und im Kerker Freundschaft geschlossen habe.

Zu einem

Inszenationellen Zwischenfall

kommt es, als Rejedyh von der Verteidigung gefragt wird, ob er den Eindruck gehabt habe, daß er eine Bestechung begangen hätte.

Rejedyh: „Nein, im Gegenteil.“ Ich war mit Adam beim Generalinspektor Machar und habe den Generalinspektor gebeten, daß die Benzintieferungen ohne Protektion vergeben werden. Das hat der Generalinspektor mir zugesagt.

Wenn man mir nun Bestechung vorwirft, so muß ich glauben, daß man sich an dem kleinen Mann rächen will, während es doch viel näher liegen würde, daß

Genossen! Genossinnen!

Sozialdemokratische Turner und Turnerinnen!

Der Arbeiter-Turn- und Sportverband veranstaltet im August 1924 in Karlsbad sein erstes Bundesturnfest.

Der Vollzugsausschuss der kommunistischen Partei erklärt, kein Kommunist dürfe an dem Karlsbader Turnfest teilnehmen.

Wir haben uns bisher in turnerische Angelegenheiten nicht eingemengt. Der herausfordernde Ausruf der kommunistischen Partei erzwingt unsere Stellungnahme.

Die kommunistische Sabotage soll die Karlsbader Kundgebung für proletarische Körperkultur nicht gefährden!

Wir rufen euch auf, den Angriff der Kommunisten durch stärkste Teilnahme bedeutungslos zu machen und das Karlsbader Bundesfest zu einer machtvollen sozialdemokratischen Kundgebung zu gestalten!

Der Parteivorstand

der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

Prager Kurze am 11. Juni.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden . . .	1276.00	1282.00
1 Billion Mark . . .	8.20.00	8.40.00
100 belg. Francs . . .	154.25.00	155.75.00
100 schweiz. Francs . . .	801.00.00	801.00.00
1 Pfund Sterling . . .	146.80.00	148.20.00
100 Lire	150.75.00	152.25.00
1 Dollar	34.00.00	34.30.00
100 franz. Francs . . .	178.75.00	181.25.00
100 Dinar	40.75.00	41.25.00
10,000 magyar. Kronen .	3.70.00	4.20.00
1,000,000 poln. Mark .	6.64.50	6.70.50
10,000 österr. Kronen .	4.81.00	5.01.00

Kutschera und Generalinspektor Machar bestochen sein konnten.

Der Staatsanwalt wendet sich erregt an den Vorsitzenden und ersucht ihn, die Verhandlungen nicht in dieser Zone fortzuführen zu lassen, welchem Verlangen auch der Vorsitzende nachzukommen verspricht.

Es wird hierauf der Angeklagte Gottlieb Staska

einvernommen, der darüber Auskunft gibt, an wen die Zahlungen geleistet wurden. Postal, Motil und Kullbozer hätten das Geld nicht für ihre Einfuhrnahme, sondern für ihre geleistete Arbeit erhalten. Staska hat nur — obwohl die Provisionsliste 100,000 K zur Aufteilung enthält — 80,000 K quittiert, welche Summe unter die Benannten und dem Angeklagten aufgeteilt wurde.

Die Vormittagsverhandlung wird sodann unterbrochen.

Zu der Nachmittagsverhandlung wird der Angeklagte Svatek, Ministerialrat und Chef des Amtsblattes,

einvernommen. Er erklärt sich für nicht schuldig. Er hätte nur einmal im Mai 1923 mit den Benzintieferungen zu tun gehabt und hätte Kolben nur Informationen gegeben. Eugen Kolben hätte er vor drei Jahren kennengelernt und dieser hätte ihn ersucht, für ihn bei der tschechisch-rumänischen Bank zu intervenieren. Als Eugen Kolben die Awarzen heiratete, teilte er ihm mit, daß er nun billigen Benzin liefern könne. Svatek erklärt, daß er sich für die Sache interessiere, und daß er sich daran finanziell beteiligen würde. Er habe sich hierauf beim Landesverteidigungsministerium nach Kolben erkundigt und es wurde ihm mitgeteilt, daß Kolben schon einmal geliefert habe und daß man mit den Lieferungen zufrieden sei. Aus diesem Grunde habe er sich nicht geschert, sich an der Angelegenheit zu beteiligen.

Er habe im ganzen 400.000 und 200.000 Kronen erhalten, von denen er die Hälfte Frau Bombela gegeben habe.

Das Geld, das er erhalten habe, sei eine Gewinnbeteiligung. Er habe niemandem bestochen. Im Verhöre kam heraus, daß Svatek niemals finanziell bei Kolben beteiligt war, dagegen den Gewinn immer einsteckte.

Sehr merkwürdig wurde man berührt, als man erfuhr, daß dieser große Patriot im Kriege als Angestellter einer Konservensabrik 180.000 Kronen verdiente und nach dem Kriege an Doppengeschäften die geringfügige Summe von 150.000 Kronen einstrich.

Tages-Neuigkeiten.

Geldhungerige Kapitalisten.

Immer zu den Feiertagen bringen die kapitalistischen Blätter die weitgehendsten Wünsche der Ausbeuter zur Sprache. Das „Prager Tagblatt“ ist dieser Methode treu geblieben und hat den Kapitalisten die Pfingstfeiertage dadurch verschönert, daß es einstimmt in den Ruf: „Wir brauchen mehr Geld!“

Die Behauptung, in der Tschechoslowakei gebe es gegenwärtig zu wenig Geld, wirkt bestechend. Jeder denkt sich, wenn mehr Geld da wäre, müßte ich auch mehr haben und könnte besser leben. Tatsächlich denken besonders die Unternehmer und Geschäftsleute so. Auch die Gemeindevorsteher, die für ihre Gemeinde Schulden machen müssen, aber kein Geld bezogen bekommen, behaupten, es sei zu wenig Geld vorhanden. Für die Volkswirtschaft darf nicht entscheidend sein, ob jenen, die sich Geld ausborgen wollen, auch immer dieser Wunsch erfüllt wird. Vorgen mag manchmal zweckmäßig sein, doch kann es nicht als Richtschnur der Währungspolitik gelten.

Das Prager Kapitalistenblatt sucht nun zu beweisen, daß wirklich zu wenig Geld da sei, weil man beim staatlichen Bankrott nicht berücksichtige, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gegenwärtig gering sei. Man möge daher mehr Noten gegen Warenwechsel ausgeben, denn dann würden manche Betriebe wieder arbeiten und Arbeiter aufnehmen können. Man müßte also ansetzchend, vom Arbeiterstandpunkt betrachtet, dafür sein, daß mehr Noten ausgegeben werden, denn es würden zunächst Arbeitsgelegenheiten geschaffen. Allein dies wäre nur ein wirtschaftliches Blendwerk, das gar bald wieder verlöschen würde. Die mit neuen Noten in Betrieb gesetzten Unternehmungen könnten ihre erzeugten Produkte nicht verkaufen, da die breite Masse der Konsumenten nicht die Preise erschwingen kann. Der Enderfolg wären unterirdische Waren und die Unerschöpflichkeit der Wechsel, für die Noten ausgegeben wurden; zurückbleiben würde nur mehr Papiergeld und die dadurch bedingten Preis-erhöhungen. Die Inflationswirtschaft, für die Deutschland ein abschreckendes Beispiel lieferte, hätte begonnen. Welches Elend damit für die Arbeiter verbunden wäre, braucht heute nicht geschildert zu werden, da wir Deutschlands Tragödie miterleben.

Diese Folgen der Neuausgabe von Noten gegen Warenwechsel muß auch das „Prager Tagblatt“ zugeben. Es kann nicht in Abrede stellen, daß durch neue Noten eine „Aufblähung des Systems der variablen Wirtschaftsziffern“ und „eine Preissteigerung“ herbeigeführt wird. Preissteigerungen in der jetzigen Zeit sind aber für die Arbeiterschaft unerträglich, denn die Arbeiter sind neben Produzenten auch Konsumenten. Dem Arbeiter ist nicht geholfen, wenn er statt arbeitslos zu sein, arbeiten kann und auch hungern muß, weil er infolge der hohen Preise für seinen Lohn nicht genug einkaufen kann. Die Arbeiterschaft muß also den Unternehmerrationalitäten auf währungspolitischen Gebiete scharf entgegen- treten.

Nicht immer wird diesem Gebiete genügend Beachtung geschenkt. Marx hat jedoch auch da schon vorgearbeitet. Im „Kapital“ (Volksausgabe Stuttgart 1920, Seite 79) sagt er bei Besprechung der Verlangsamung des Geldumlaufes, daß darin nur eine Störung des Zirkulationsprozesses der Waren erscheint. „Woher diese Störung entspringt, ist natürlich der Zirkulation selbst nicht anzusehen. Sie zeigt nur das Phänomen selbst. Der populären Anschauung, welche mit verlangsamtem Geldumlauf das Geld wieder häufig auf allen Punkten der Zirkulationsperipherie erscheinen und verschwinden sieht, liegt es nahe, das Phänomen aus mangelnder Quantität der Zirkulationsmittel zu deuten.“ Dieser schon von Marx angenagelten „populären Anschauung“ huldigt heute noch das „führende“ Prager deutsche Wirtschaftsblatt! Selbstverständlich ist dadurch diese Anschauung noch nicht richtig geworden. Marx erklärt selbst, wovon die Menge des Geldes (als Zirkulationsmittel) abhängig ist. Es sind dies: die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, die zirkulierende Warenmasse und die Preisbewegung. Bei Betrachtung dieser drei Dinge kommt man dazu, daß die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes zwar geringer wurde, dieser Umstand aber aufgewogen wird durch die ebenfalls kleinere zirkulierende Warenmasse. Die Preise haben bei der etwa vor Monatsfrist geringsten im Umlauf befindlichen Notenmenge fast keine Änderung erfahren. Daraus ergibt sich, daß eine weitere Einschränkung des Notenumlaufes sehr angezeigt ist, damit endlich die Preise den abgebauten Löhnen angepaßt werden.

Davon wollen freilich die Kapitalisten und ihre Wirtschaftsgelehrten nichts wissen. Heute sind ja die Preise der Waren für die Mehrzahl der Konsumenten unerschwinglich — daher die Absatz- und Produktionsstörung — weil die Unternehmer von ihren Lieferanten nicht ablassen und die Banken, trotz der stabilisierten Währung, große, durch nichts zu rechtfertigende Reserven für Verluste bei Wertaufschaukungen anlegen. Von einem Profitabbau wollen aber die Kapitalisten nichts wissen. Lieber verlangen sie mehr Geld, als scheinbare Medizin gegen die Absatzkrise. Mit Geld- und Währungsmanipulationen kann aber die kranke Wirtschaft, die besonders an den zu hohen Profiten der Finanzkapitalisten krank, nicht in Ordnung gebracht werden. Die jetzigen kapitalistischen Klagen über „Geldmangel“ zerpflicht schon Dudley North in der 1691 erschienenen Schrift „Discourses upon Trade“, die Marx im „Kapital“ anführt. Dort heißt es: „da Geld . . .

das gewöhnliche Maß bei Kauf und Verkauf ist, glaubt jeder, der etwas zu verkaufen hat und keine Käufer findet, sogleich, daß Mangel an Bargeld im Land die Ursache dafür ist, daß ihm die Waren liegen bleiben; und so ist „Mangel an Geld“ die allgemeine Klage; das beruht aber auf einem großen Irrtum.“ Als wirkliche Ursache der kapitalistischen Klagen wird die Nichterzielung eines gewünschten Preises für die erzeugten und zu verkaufenden Waren angeführt, die ihren Grund darin findet, daß „der Konsum zurückgeht“, weil „die Bevölkerung infolge Verarmung nicht mehr soviel für ihren Haushalt ausgibt wie früher“. Das mögen die geldhungrigen Kapitalisten von heute bedenken, wenn sie die Befreiung der Krise und damit der Kreditnot wollen. Arbeiter und Angestellte können die hohen Preise nicht bezahlen. Nicht das Papiergeld gilt es dabei zu vermehren und damit Preis erhöhungen herbeizuführen, sondern die Preise herabzusetzen. S. P.

Gift und Galle

Sprechen die bekafentruzigten Blättchen unserer heimischen Stahlhelmbrecher über den gesungenen Verlauf des Reichsjugendtages der sozialistischen Jugend. Um die „Berichterstattung“ der Gafentruzler unseren Lesern zu zeigen, wollen wir ihnen das Gemisch von Gift und Galle aus dem Duzer „Tag“ vorsetzen. Es lautet:

Aus Tepitz-Schönau wird uns berichtet: Pfingstsonntag mittags. Tepitz hat in den Stab-farben, denn andere sind in der „höheren Schweiz“ nicht gestattet — anlässlich der Haupttagung des deutschen Kulturverbandes Flaggenschmied angelegt. Auf dem Marktplatz verkündet mit gewaltiger Pose vom Sodel des Kaiser Josef-Denkmal ein „überzeugter“ Marxist den dort versammelten sozialistischen Jugendbündlern, daß das internationale Proletariat (unter Führung derer aus dem Hause Bion), die Ideen der Demokratie (die leeren Sodel der Josef-Denkmaler sprechen ja Bände von Demokratie) und die Völkerverbrüderung von Sieg zu Sieg schreiten und derlei abge-standener Phrasen mehr. Ein Bürschchen wird vom Platz getragener; ihm ist schlecht geworden. Kein Wunder! — Der nächste Redner spricht tschechisch. Natürlich, das ist man doch der Internationale Schuldig. — Eine Stunde später ziehen Sokol über den Marktplatz nach Turn. Ein kurzer Trommelwirbel und dann erschallt der Hahnen-gang: „Prom a pelko . . .!“ Und die deutschen Mar-xisten, die eben von Völkerverbrüderung geträumt und die Phrasen ihres Redners als heilig-ungeliegt Ueberzeugung im Herzen tragen, marschieren im Takte stramm mit. Prom a pelko . . . und dahinter verblendete Deutsche — eine sonderbare marxistische Staffage zum „Siege der Völkerver-brüderung“.

Nach diesem „Bericht“ über unseren Jugend-tag zu schließen, muß er den Gafentruz-ler gewaltig in die Glieder ge- fallen sein. Das ist ja auch kein Wunder, denn selbst der „Tepitz-Schönauer Anzeiger“, dem man keine Sozialistenfreundlichkeit nachsagen kann, sagt, daß beim sozialistischen Reichsjugendtag mehr als 10.000 Teilnehmer an- wesend waren. Würden die Gafentruzler dies ihren Nachläufern sagen, dann könnten sie ja nicht mehr spotten. . . . Es ist selbstverständlich eine dumme Verdrehung, wenn der „Tag“ behauptet, sozialistische Jugendliche seien mit den Sokoln gezogen, da er ja selbst zugibt, daß erst eine Stunde nach der Versammlung am Marktplatz die Sokoln kamen. Zu dieser Zeit verzehrten die Jugendlichen jedoch ihr Mittagmahl. Die Gegen-überstellung der Ausführungen unserer Redner und der leeren Sodel des Josef-Denkmales spricht nur zu unseren Gunsten, denn wir wollen ja den Geist, der leere Sodel herbeiführt, bannen, herrsche er auf tschechischer oder deutscher Seite. Bezeichnend aber ist, daß die Gafentruzler dar-über spotten, weil einem Jugendlichen („Bürsch-chen“ im Gafentruzler-Jargon) in der Sonnenhitze am Marktplatz schlecht wurde. Eine feine „Arbeiterpartei“, die die Arbeiter verspottet.

Das Prager deutsche Realgymnasium in der Heinrichsgasse aufgehoben.

Das deutsche Realgymnasium in der Prager Heinrichsgasse erhielt Mittwoch nachmittags durch einen Expressboten einen Brief des Unterrichts- ministeriums zugestellt, wonach die Anstalt auf-gehoben und verordnet wird, daß ab Herbst des laufenden Jahres keine Schülerinschreibungen in diese Anstalt mehr stattfinden dürfen. Die Klassen des Realgymnasiums in der Heinrichs-gasse sollen in Zukunft Parallellassen des deut-schen Realgymnasiums in Smichow sein.

Ein Pogrom in Polnisch-Tschchen.

Aus Polnisch-Tschchen wird uns ge-meldet:

Am zweiten Pfingstfeiertage veranstalteten polnische Mittelschüler im jüdischen Stadtviertel Tschchen, der Freistädter Vorstadt eine Schlägerei, bei welcher sie Türen und Fenster in den Hän- sern der polnischen Juden demolierten. Hier-auf zogen sie in die Stadt auf den Ringplatz, wo sie die deutschen Schilde demolierten und ins Café „Central“ eindrangen und die Gäste blu-tig schlugen. Ein Opfer ist noch in der Nacht an einer Herzlähmung gestorben, einem ande- ren ist der Arm an drei Stellen gebrochen wor- den. Unter den Verletzten befindet sich auch ein tschechischer Staatsbürger, der am Hin-terhaupt schwer verletzt wurde. Diese Aus- schreitungen sind eine Folge der verheerenden Tä-tigkeit der chauvinistischen polnischen Presse.

G'ossen zum Benzinprozeß.

Die der Schlussfolgerung des Lesers bedürfen. Ich sehe auf der Anklagebank viele Abwesende.

Zitat aus Goethes „Faust“ bei Betrachtung der bisherigen Angeklagten: Mephistopheles: „Dies sind nur die Kleinen Von den Meinen!“

Es ist ein Vorkriegs-Ausspruch Rodas: Rodas: In Deutschland nimmt keiner, in Rußland jeder, in Oesterreich weiß mans nicht... zehn Jahre später in Austria revidiva —: Heute weiß mans schon. —

Beim Anhören des Benzin-Prozesses hat man Empfindungen, die auszusprechen den Berichterstatter selbst auf die Anklagebank — Geseg zum Schutze der Republik — bringen würden.

Von den angeklagten tschechoslowakischen Offizieren mußte sich keiner der Prüfung über die Kenntnis der Staatsprache unterziehen.

Zitat aus Schillers „Wallensteins Lager“: „Der Soldat muß sich können fühlen, Wer's nicht edel und nobel treibt, Lieber weit weg vom Handwerk bleib!“

„Geben ist feiler denn Nehmen.“ — Berarmer Steuerzahler, tröste dich mit den Worten der Schrift; nun weißt du, warum das Budget des Nationalverteidigungsministeriums nur vier Milliarden jährlich beträgt.

Einige Zeitungen rufen gar deutlich vernehmbar „Depp, hepp!“ Warum aber nur gegen die beschnittenen Juden, warum nicht auch gegen die unbeschnittenen?

Zur bisherigen Aussage Svateks: „Diskretion ist Ehrensache.“

Zitat aus Goethes „Faust“: „Du mußt versteh'n! Aus Eins mach Zehn, Und Zwei laß geh'n, Und Drei mach' gleich, So bist Du reich. Verster die Vier! Aus Fünf und Sechs, So sagt die Heim', Mach Sieben und Acht Und Neun ist Eins, Und Zehn ist Feins, Das ist das Svatek-Einmal-Eins.“

Befangen ist niemand in dem Prozesse, außer denen, die erst drankommen.

Svatek erscheint im eleganten „Geh“rock vor den Richtern; will er damit etwa andeuten, daß er nicht „Stylen“ will.

Zugszusammenstoß und kein Ende. Mittwoch nachmittags stieß um 15 Uhr 50 bei der Gemeinde Wehedy der vom oberen Bahnhof in Karlsbad kommende Personenzug mit einer Lokomotive zusammen, die der Richtung zum Bahnhof fuhr. Verletzt wurden drei Reisende, einer von ihnen schwer und zwei Angestellte. Alle Verletzten wurden in das allgemeine Krankenhaus nach Karlsbad überführt. Der Sachschaden ist bedeutend.

Blutige Verbrecherjagd in Teplitz. Mittwoch gegen fünf Uhr spielte sich in der Seilerstraße in Teplitz eine Verbrecherjagd ab, bei der auch geschossen wurde, so daß sich sehr bald eine riesige Menschenmenge anstellte, welche die Vorgänge lebhaft besprach. Nachmittags kam zu dem Trödler Mayer Anton in der Sidwallerstraße ein Mann, der ein Gewehr verkaufen wollte. Da der Mann verdächtig schien und da erst kürzlich in Benzin in eine Waffenhandlung eingebrochen worden war, wobei Gewehre entwendet wurden, verständigte der Trödler die Polizei. Es erschien auch sofort der Geheimpolizist Meier in der Trödlerei und nahm den Mann, der das Gewehr angeboten hatte, auf das Sicherheitsbureau mit. Beim Polizeihof warf jedoch der Verhaftete dem Detektiv ein Paket, das er trug, an den Kopf und schloß in die Seilerstraße. Wie uns ein Augenzeuge mitteilt, rief der Detektiv einem entgegenkommenden Manne zu, den Flüchtenden aufzuhalten, was auch versucht wurde, doch zog der Verbrecher einen Revolver und ließ niemanden an sich herankommen. Während er weiter lief, schoß er noch rückwärts gegen den Detektiv, traf aber nicht. Der Geheimpolizist wollte das Feuer erwidern, konnte aber nur einen Schuß abgeben, da er zwei Verfolger hatte. Während geschossen wurde, stießen einige Kinder bei einer Haustür. Die zehnjährige Grete Mandelik, Tochter des Buchhaltungsvorstandes Mandelik, wohnhaft Seilerstraße 12, die die dritte Volksschulklasse besuchte, wurde dabei verletzt. Die Verletzung dürfte von einem Geler oder einem Steinstück herbeigeführt worden sein. Das Mädchen, dem Dr. Beh sofort einen Verband anlegte, wurde an der rechten Hinterbackenfläche gegen das Ohr zu zwar verletzt, doch ist der Wund nicht gefährlich. Da die Verletzung zum Glück nur leichter Natur ist, konnte das Kind in häuslicher Pflege verbleiben. Der Verbrecher flüchtete zunächst bis zum Bahndamm der A. E. und wandte sich hierauf gegen den Friedhof. Die Verfolgung wurde aufgenommen, doch konnte bisher noch kein Resultat erzielt werden. Diese Vorfälle riefen natürlich bei der Bevölkerung große Erregung hervor.

Die täglichen Immunitätsfälle.

Prag, 11. Juni. Die Tagesordnung der heutigen Senatsitzung sah folgendermaßen aus:

- 1. Bericht des Immunitätsausschusses über das Gesuch des Bezirksgerichtes in Lutz St. Martin um Zustimmung zur Strafverfolgung des Senators Johann Duchaj wegen Vergehens der üblen Nachrede nach § 1 des Ges. XLi al 1914.
- 2. Bericht des Immunitätsausschusses über das Gesuch der Sedric in Trentschin um Zustimmung zur Strafverfolgung des Senators Josef Parinka, wegen Vergehens im Sinne des Paragraphs 14 Abs. 3, und der Uebertretung im Sinne des Paragraph 18, Abs. 1, des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Der Verlauf der Sitzung war ein der Tagesordnung entsprechender. Um elf Uhr sollte die Sitzung programmäßig beginnen, um viertel zwölf Uhr sehten sich sämtliche Senatskammern in Bewegung, um die Senatoren herbeizuläuten und pünktlich dreiviertel zwölf Uhr eröffnete Senatspräsident Donat die Sitzung. Vielleicht wäre es zweckmäßig, wenn sich das Senatspräsidium in den Besitz einer Dampfmaschine setzen würde.

Beide Senatoren wurden nicht ausgeliefert.

Senator Genosse Michner

benützte die Gelegenheit, um wieder einmal die ungerechte Immunitätspraxis der Koalition aufzuzeigen. Er führte unter anderem aus:

Der ganze Inhalt der Tagesordnung der heutigen Sitzung sind bloß zwei Immunitätsfälle. Das zeigt den trostlosen Zustand des Parlamentes, dessen Karren wieder einmal vollständig ins Stoden geraten ist. Durch die heutige Sitzung soll eine Art Tätigkeit vorgebildet werden, was aber ein ganz untaugliches Mittel der Täuschung ist. Die Mitglieder des Senats mußten 12, 14 und 20 Stunden weit herreisen, die ganze Tätigkeit aber, die ihrer hier wartet, besteht darin, die Zustimmung zur Auslieferung zweier Senator zu verweigern.

In der Sache selbst sei bemerkt, daß die beiden heute vorliegenden Fälle zeigen, in welchem Maße das Immunitätsrecht und die Praxis des Immunitätsausschusses verwildert sind. Leider muß bei fast jedem Immunitätsfall über die ungleiche, ungerechte und unkonsequente Art der Handhabung des Immunitätsrechtes Bescheid gegeben werden. Der Fall Duchaj betrifft ein rein privates Delikt, das Vergehen der Verleumdung. Auffallend ist schon die Schonung, die der Bericht des Ausschusses gegenüber dem Herrn Senator Duchaj, der der Mehrheit angehört, an den Tag legt, indem er verschwiegen, wessen sich Herr Duchaj schuldig gemacht hat. Diese Aufzählungen sind äußerst schwere, sie gehen dahin, daß eine bestimmte Lehrerin beschuldigt wird, in der Schule Orgien gefeiert und sich unzüchtig und unmoralisch aufgeführt zu haben, Beschuldigungen, die geeignet sind, die Ehre einer Frau auf das tiefste herabzusetzen. Der Senat mußte alles daransetzen, der angegriffenen Frau die Möglichkeit der Rehabilitierung zu verschaffen. Das ist aber der Immunitätsausschuss nicht, indem er die Ablehnung der Auslieferung beantragt. Die Prüfung der Angelegenheit

war in diesem Falle nicht eine Sache des Immunitätsausschusses, sondern eine Sache der Prüfung durch die Gerichte. Auch bei Verleumdungen, Ehrenbeleidigungen und gemeinen Verbrechen muß jeder Senator wie jeder andere Staatsbürger den Gesetzen des Staates unterstehen. Es ist erstaunlich, daß nicht die Mehrheit diesen selbstverständlichen Standpunkt einnimmt, und daß sie erst durch die Minderheit daran erinnert werden muß, die Gesetze des Staates zu achten. Die Koalitionsmehrheit hat erst vor kurzem hier das Gesetz betreffend die Auslieferung der Geschworenen gerichte bei Ehrenbeleidigungen, begangen durch die Presse, angenommen. Ein Gesetz, dessen Hauptmotiv angeblich die Absicht ist, die Sitten der Presse zu verbessern. Heute aber wird dem Senat zugemutet, daß er einen Beschluß fassen, der indirekt darauf hinausläuft, diese Verbesserung der Sitten wenigstens für solche Senatoren, die der Mehrheit nahe stehen, zu verhindern.

Im zweiten Falle, der den Herrn Senator Parinka betrifft, handelt es sich um ein politisches Delikt und es wird hier gleichfalls die Auslieferung verweigert. Aber nicht das ist das wesentliche, sondern die Begründung, die dem Antrag auf Nichtauslieferung gegeben wird. Der Herr Senator Parinka soll über die Tschechen, die in die Slowakei kommen und hier den Slowaken die Arbeitsgelegenheit wegnehmen, einige unfreundliche Worte gesagt haben. Das ist sicher nicht sehr aufregend und gefährdet weder die Republik, noch das tschechische Volk. Aus dem Berichte des Immunitätsausschusses geht aber hervor, daß Parinka, wenn er sich anders verantwortet hätte, sicher ausgeliefert worden wäre. Anstatt dem Staatsanwalt die Zustimmung gründlich auszusprechen, daß er wegen solcher Geringsfügigkeiten die Auslieferung eines Senators verlangt, läßt der Ton und Inhalt der Begründung des Antrages darauf schließen, daß Kollege Parinka sicher ausgeliefert worden wäre, wenn er nicht einen Canossengang angetreten hätte. Parinka wurde vom Immunitätsausschuss einvernommen, leugnete dort die ihm in der Strafanzeige zur Last gelegte Äußerung und versicherte, daß er aus einer patriotischen slowakischen Lehrerfamilie stamme, schließlich sogar seine Tochter an einen Tschechen verheiratet habe. Und nun heißt es in dem Bericht: „Aus diesen Gründen... wird die Auslieferung verweigert.“ Also deswegen und weil er seine Tochter an einen Tschechen verheiratet hat! Stellen Sie sich vor, die Tochter des Herrn Senators Parinka hätte sich in einen Tschechen oder Magyaren verliebt und ihn geheiratet! Die Folge wäre gewesen, daß Parinka in diesem Falle ausgeliefert und eingesperrt worden wäre, denn er hätte nicht ein so glanzvolles patriotisches Attribut nachweisen können, wie hier, wo er sich sogar mit einem tschechischen Schwiegersohn auszuweisen imstande war. Die Praxis des Immunitätsausschusses ist eine unmögliche und verwerfliche. Wir werden für die Nichtauslieferung stimmen, aber nicht deshalb, weil Parinka ein Patriot ist, sondern weil wir für die gleiche Behandlung aller Senatoren sind und weil wir für die Aufrechterhaltung und den Schutz der Immunität eintreten. (Beifall.)

Eine absonderliche Abschiedsanzeige enthielt die letzte Ausgabe der „Weiperters Zeitung“. In ihrem Anzeigenteile ist die folgende, vom 7. Juni datierte Kundmachung enthalten: „Ich setze hiermit eine werbe Bewohnerschaft von Weipert, Bärenstein und Umgebung in Kenntnis, daß ich auf die Ausübung der ärztlichen Praxis gänzlich verzichte, da ich mich zum Sterben lege. Aus diesem Anlasse danke ich allen jenen, die mir im Laufe der Jahrzehnte in ärztlichen Angelegenheiten ihr Vertrauen geschenkt haben. Ganz besonders gilt dieser Dank jenen liebverehrten Familien, in denen ich über ein Menschenalter als ärztlicher Ratgeber tätig sein konnte. Auch nehme ich hiermit Abschied von meinen Freunden und Bekannten. Mein Körper wird nicht verbrannt; wärs des Schöpfers Wille, würde er dies in idealer Weise selbst besorgen. Das Begräbnis findet von der Friedhofskapelle aus statt; daselbst sei einfach, ohne Kranz, ohne Grabrede. Wünsche in der fortlaufenden Grabrede beabsichtigt zu werden. Begleitung an Arbeitstagen nicht erwünscht. Den mich zur letzten Ruhe doch Begleitenden sage ich hiermit voraus meinen herzlichsten Dank. Eine andere Dankagung erfolgt nicht. Dr. Müller, Stadtarzt.“

Warnung vor der Auswanderung nach Frankreich! Das Ministerium des Aeußeren will mit, daß nach Mitteilung der französischen Gesandtschaft in Prag in Frankreich in letzter Zeit in der Bekleidungs- und Schuhindustrie eine Stagnation eingetreten ist. Auch für Müller ist in Frankreich jetzt kein Betätigungsfeld. Die Gesandtschaft empfiehlt daher den tschechoslowakischen Angehörigen, welche in Frankreich Beschäftigung suchen wollen, sich zuerst einen Arbeitsvertrag mit dem französischen Arbeitgeber zu beschaffen. Dieser Vertrag muß vom französischen Arbeitsministerium (Service de la Main d'oeuvre etrangere, 4 avenue Rapp, Paris) vidiert sein. Ansonsten sehen sich die Arbeitnehmer der Gefahr aus, daß ihnen die Bewilligung zum Aufenthalte in Frankreich verweigert wird.

Den Kopf vom Rumpfe getrennt. In der Nacht auf Dienstag ließ sich der 22jährige Maler Ludwig Schmelzer aus Oberleutensdorf von dem Nachtpersonenzug auf der Strecke von Wiesa nach

Oberleutensdorf überfahren, wobei ihm der Kopf vom Rumpfe getrennt wurde. Schmelzer war infolge Liebesangelegenheiten des Lebens überdrüssig.

Vom Schlachtfeld der Arbeit. Im Lagerraum der Anglobank bei der Slavfabribe in Prag montierte gestern vormittags der Arbeiter Josef Somolka aus Prag II eiserne Regale. Während der Arbeit fiel eines der Regale auf Somolka, der eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen erlitt. Er wurde ins Krankenhaus überführt.

Tödlicher Unfall auf dem Abeler Flugfeld. Auf dem Abeler Flugplatz wurde Dienstag um 5 Uhr nachmittags eine Zuschauerin, Marie Holeček, durch den Flügel eines Flugzeuges derart schwer am Rücken verletzt, daß sie trotz sofortiger ärztlicher Hilfe der Verletzung erlag.

Schweres Autounfall. Montag unternahm der Oberbauwart der Pilsener politischen Bezirksverwaltung Ing. Novotny mit Frau, Kind und dem Chauffeur einen Ausflugszug nach Marienbad; Novotny lenkte selbst. Bei einer Wegbiegung rutschte der Herrscher über den Wagen und dieser fuhr mit voller Kraft gegen einen Baum. Frau Novotny wurde der Kopf zertrümmert, so daß der Tod augenblicklich eintrat. Novotny und sein Kind blieben unverletzt; der Chauffeur erlitt innere Verletzungen.

Was in Sachsen bisher gescheit hat: ein Priesterseminar. Der Bischof von Sachsen Dr. Schreiber hat Schritte unternommen, um in Bautzen ein Priesterseminar zu errichten. Die Reichsregierung hat ihm bereits für diesen Zweck eine finanzielle Unterstützung zugesagt unter der Voraussetzung, daß sich auch die sächsische Regierung zu einer ähnlichen Unterstützung bereit fände. Eine Entscheidung hierüber ist noch nicht getroffen. Zweck der Errichtung des Seminars ist, die Erziehung der in Sachsen heranwachsenden Priesterjugend im Lande selbst vornehmen zu können, da bekanntlich bisher die katholische Priesterjugend auswärtig, zum Teile auch im Proger Seminar unterrichtet wurde.

Kommunisten und „Stahlhelm“-Bund. Dienstag abends kam es, wie aus Hamburg gemeldet

wird, in Wrist zu einer Prügelei zwischen etwa 400 Kommunisten, die sich auf der Rückfahrt von dem kommunistischen Kongreß in Kiel befanden, und Angehörigen des „Stahlhelm“-Bundes. Die Stahlhelmlente flüchteten. Die Kommunisten verhinderten dann, daß neue Reisende einsteigen. Das Bahnhofspersonal war machtlos. Auf dem Hamburger Hauptbahnhof verschwanden die Kommunisten in der Masse der Ausflügler.

Gegen die deutsche Auslandsreisegeld. Die demokratische Reichstagsfraktion hat dem „Berl. Tageblatt“ zufolge beschlossen, im Reichstage einen Antrag einzubringen, in welchem die Aufhebung der Verordnung über die Auslandsreisegeld verlangt wird.

Der kommunistische „Klassenkampf“ eingestellt. Laut „Vossischer Zeitung“ ist die kommunistische Zeitung „Der Klassenkampf“ in Halle, die auch in Berlin vertrieben wurde, durch Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen für die Zeit vom 10. bis 23. Juni verboten worden.

Richard Strauß — Ehrenbürger von München. Einer Plattermeldung zufolge wird die Stadt München als Geburtsort Dr. Richard Strauß den Komponisten anlässlich seines 60jährigen Geburtstages bei der Festeier der Mitglieder des Staatstheaters im Odeon in feierlicher Form zum Ehrenbürger der Stadt ernennen.

Zusammenbruch einer Berliner Bankfirma. Wie das „Berl. Tagebl.“ erfährt, hat die Berliner Bankfirma Erhardt Herzog Dienstag die Geschäftsaufsicht über sich beantragt.

Ein deutschböhmischer Raubmord in Raab festgenommen. Die Wiener Polizei hat die Verhaftung erhalten, daß der von der Berliner Polizei wegen Raubmordes verfolgte achtzehnjährige angelegliche Kaufmann Gruette-Lehden, der sich einige Zeit in Wien aufgehalten hatte, in Raab verhaftet wurde. Dieser Gruette-Lehden ist kein gewöhnlicher Raubmörder, sondern ein deutschböhmischer Raubmörder, der seinen Parteigenossen, den Oberleutnant Müller-Dammers erschossen hat, weil er angeblich deutschvölkische Pläne den Kommunisten verraten hat. Gruette hat mit zwei deutschvölkischen Turnern Stellenkamp und Böttcher den Müller, der mit seinem richtigen Namen Dammers hieß, zu einem Spaziergang eingeladen und ihn dort ermordet. Dann haben die drei deutschvölkischen Ehrenmänner den Ermordeten ausgeraubt und auch sein Gepäc aus dem Hotel abgeholt. Dann hatten sie allerdings das Bed, daß ihnen der Raub gestohlen wurde; aber es gelang ihnen, die Beute wieder zu erhalten, und sie verkauften sie dann. Stellenkamp und Böttcher sind in Berlin in Haft. Bei Stellenkamp wurde ein Brief gefunden, den ihm Gruette aus Wien geschrieben hatte, und deshalb war die Wiener Polizei ersucht worden, den Mörder auszuforschen. Sie stellte fest, daß dieser tatsächlich in Wien gewesen und in einer Knopffabrik in Hernalz gearbeitet hatte. Dort hatte er sich auch als „Graf Anton Lenz“ und als „Hallaß-Görff“ ausgegeben und hatte im Studentenheim in der Hylgasse gewohnt. Er war aber schon Ende April aus Wien verschwunden und hatte sich nach Ungarn begeben. Dort wurde er jetzt verhaftet.

Ein Denkmal für Emil Zola. Am 15. d. M. wird in Paris ein Denkmal Emil Zolas enthüllt werden. Es stellt den großen sozialistischen Romandichter dar, zu seinen Füßen zwei Gruppen: die Arbeit und die Fruchtbarkeit. Auf der Nordseite trägt der Sockel die Titel der großen Romanerien Zolas, auf der Westseite Worte Zolas: „Die Wahrheit ist auf dem Marsch und nichts wird sie aufhalten.“ — „Wer für die Wahrheit und die Gerechtigkeit leidet, wird erhalten und heilig.“ — „Jugend, Jugend! Gedanke der Weiden, die deine Väter erduldet haben, der furchtbaren Schladten, in denen sie siegen mußten, um die Freiheit zu erringen, die du heute genießt.“ — „Jugend, Jugend! Sei immer auf der Seite der Gerechtigkeit! Wenn die Idee der Gerechtigkeit sich in dir verbunkelt, würdest du allen Gefahren entgegengehen.“ — „Es gibt keine Gerechtigkeit außer in der Wahrheit. Es gibt kein Glück außer in der Gerechtigkeit.“

Das ungarische Nationaldenkmal in Semlin umgestürzt. Wie der „Balkan“ aus Semlin — an der Donau gegenüber Belgrad — meldet, ist in der Nacht auf Pfingstsonntag das ungarische Nationaldenkmal von Nationalisten umgestürzt worden.

Die Rückkehr der ungarischen Emigranten. Der bekannte Sozialistenführer Bernhard Ronodor, der als Emigrant im Auslande lebte, ist Dienstag nach Budapest zurückgekehrt.

Die russischen Monarchisten wittern Morgenluft. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: Dienstag fand in Berlin eine Versammlung der russischen monarchistischen Vereinigungen statt, um zum Aufruf des Großfürsten Nikolaewitsch, der sich an die Spitze der antibolschewistischen Bewegung gestellt hat, Stellung zu nehmen. Wie das Blatt berichtet, herrschte in dem überfüllten Saale „ehrliche und offene Begeisterung“ und dem Großfürsten wurde einstimmig am „nationalen Wert“ des Wiederaufbaues Rußlands Gehör und Befolgung gelobt. Es fand eine freiwillige Sammlung für den Fond des Großfürsten statt. Der Vorsitzende der monarchistischen russischen Vereine in Deutschland, Baron Krüdner-Strauve, sagte, daß die Stunde der Erlösung Rußlands nicht mehr fern sei. Die Polizei umkreiste das Gebäude, um etwaige Störungen zu verhindern, doch verlief die Versammlung in größter Ordnung.

Rektorwahl an der Budapester Universität. Bei der Dienstag vorgenommenen Rektorwahl der Budapester Universität wurde der Professor der theologischen Fakultät Prálat Dr. Alban Zubriégh gewählt. Er ist am 4. Mai 1872 geboren und bekannt als Forscher der Anfänge des Christentums. Vor zwei Jahren erschien von ihm das Buch „Das Leben Jesu und die Geschichte der Religion“.

In der Ukraine finden Kongresse armer Bauern statt. Es wurden Resolutionen über die Bereitschaft der armen Bauernschaft zur Unterstützung der „roten Diplomatie“ an der internationalen Front angenommen. Die Bauernschaft fordert, daß der fremdländischen Bourgeoisie keine Erleichterungen gewährt werden. — In Moskau hat der Kongreß der Organisation zur Beseitigung des Analphabetentums in Rußland begonnen. Der Kongreß wurde von der Witwe Lenins, Krupskaja, eröffnet, welche erklärte, daß die Tätigkeit der Organisation bisher erfolgreich ist. Die armen Schichten sind allerdings zurückgeblieben. Zeitungen und Bücher gelangen nur mit großen Schwierigkeiten in die Dörfer.

Blutige Unruhen in Kalkatta. Aus Kalkatta wird gemeldet, daß es dort infolge eines Gerüchtes, daß Sikharbeiter mohammedanische Kinder geraubt hätten, um sie religiösen Zwecken zu opfern, zu Unruhen gekommen sei. Es wurden mehrere Sikhs getötet und auch zwei Polizeibeamte verlegt.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Griechenland und Sowjetrußland. Der russische Gesandte Ustinow überreichte in Athen dem Präsidenten der griechischen Republik seine Beglaubigungsschreiben. Der Gesandte erklärte in seiner Ansprache, es werde seine Aufgabe sein, die zwischen den beiden Völkern bereits seit langem bestehende aufrichtige Freundschaft zu festigen und die Entwicklung der im Interesse der beiden Staaten liegenden wirtschaftlichen Zusammenarbeit zu fördern. Der Präsident der Republik erwiderte dem Gesandten im gleichen Sinne.

Zum amerikanischen-japanischen Einwanderungskonflikt. Aus Cleveland wird gemeldet: In der Ansprache, mit der er den republikanischen Konvent eröffnete, erklärte der vorläufige Vorsitzende Theodor Burton, Mitglied des Kongresses, nach einer Würdigung der republikanischen Verwaltung u. a., es sei bedauerlich, daß bei der Beratung des neuen Einwanderungsgesetzes Coolidges Versuch, sich Zeit für weitere Verhandlungen mit Japan zu lassen, abgelehnt worden sei. Er sagte Burton, habe für Japan nur Gefühle der Bewunderung und der Achtung und der Ausschluß der Japaner von der Einwanderung nach Amerika bedeute nicht die Behauptung ihrer Minderwertigkeit. Es beständen aber wesentliche Unterschiede zwischen beiden Völkern, besonders in ihrer Lebenshaltung, so daß die Japaner sich nicht als Industriearbeiter in Amerika eigneten. — „Daily Express“ berichtet aus New York, daß die Unzufriedenheit in Japan über die amerikanische Einwanderungsbill drohende Gestalt annimmt. Erste Folgen würden vom japanischen Vorkonsul in Washington, Hambara, vorausgesagt, wenn der Wortlaut der Antwort der amerikanischen Regierung auf den Protest veröffentlicht werde. Berichte aus Tokio besagen, daß das japanische Auswärtige Amt ernstlich über die Lage beunruhigt sei. Die Amerikaner in Tokio befanden eine gewisse Verwirrung und, wer es ermöglichen könne, verlasse Japan ohne Verzug.

Touristenunfall auf dem Schneeberg. Die Schneiderin Pepi Lehner, der Handelsakademiker Hans Zumpfe und der Schuhmachergehilfe Emil Feldmann, alle aus Wien, sind Montag vormittags auf dem Schneeburg auf einer Schneefahre ausgeglitten und etwa zweihundert Meter tief abgerutscht. Sie wurden alsbald von anderen Touristen aufgefunden und von einem Arzte, der in der Nähe war, behandelt. Pepi Lehner hat außer einer erheblichen Wunde am rechten Knie vielfache kleinere Wunden am Kopfe und Gesichte sowie einen Bruch des linken Schlüsselbeins, Zumpfe eine Gehirnerschütterung und mehrfache Wunden am ganzen Körper, namentlich am Kopfe und am rechten Ellbogen, und Feldmann außer kleinen Schürfwunden am ganzen Körper erhebliche am Kopfe erlitten. Man brachte die drei Verunglückten am Nachmittag nach Wien, wo sie die Rettungsgesellschaft übernahm. Pepi Lehner und Zumpfe wurden in das Rudolfshospital gebracht, während sich Feldmann nach Erneuerung des Verbandes selbst entfernen konnte.

Amerika hat die meisten Morde. Für den Amerikaner ist das Gefahrenrisiko, eines gewaltsamen Todes zu sterben, fünfundzwanzigmal so groß wie für seinen englischen Vetter und dreimal so groß, als wenn er in Italien lebte. Die Zahl der Morde zeigt in den Vereinigten Staaten eine Jahr für Jahr regelmäßig ansteigende Kurve. Dierüber berichtet die Verbrechenstatistik, die Dr. Frederick Hoffmann, der Mathematiker der Prudential-Lebensversicherungs-gesellschaft, für das Jahr 1923 aufgestellt hat. Danach wurden von 100.000 Personen 10,2 ermordet, gegen neun im vergangenen Jahre. Im ganzen Lande zählte man 10.000 Mordefälle gegenüber nur 200 in ganz Großbritannien. Was die Einzelfälle anbetrifft, so ist die Zahl der Morde in der Stadt New York verhältnismäßig niedrig; es entfallen hier auf 100.000 Menschen nur 5,5 Mordefälle gegen 12,7 in Chicago, 21,5 in St. Louis und 25,5 in New Orleans.

Was ein alter Thorswalden kostet. In Kopenhagen fand die Verteigerung des Nachlasses des früheren Landmanndirektors Glückstatt statt, der im Gefängnis starb. Sie löste am vierten Tage

die erwartete Spannung aus, als das Thorswalden-Relief „Die drei Grogien“ unter den Hammer kam. Es herrschte atemlose Erregung. Deutsche und schwedische, englische und skandinavische Käufer überboten einander. Das Thorswalden-Museum hatte sich zurückgezogen, und zuletzt kämpften zwei Norweger um das Relief: das Christiania-Museum und ein Architekt. Letzterer bekam das Relief für 20.000 Kronen.

Wetterübersicht vom 11. Juni. Am Dienstag blieb es im gesamten Staatsgebiete trocken. Die Temperaturunterschiede haben sich jetzt ausgeglichen, und zwar in dem Sinne, daß in der Slowakei Abkühlung eintrat. Die Temperaturmaxima halten sich in den Niederungen auf 21 bis 24 Grad Celsius. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Die Wetterlage bleibt unverändert.

Weiteres. (Voll und ganz) Ein ausländisches Königspaar hielt sich auf der Durchreise nach Paris einen Tag in einer süddeutschen Haupt- und Residenzstadt auf. Da es nicht mehr bei feineschleichen Gastfreundschaft genießen konnte, stieg es eben im Hotel ab. Der Quartiermacher lenkte die Aufmerksamkeit der Hoteldirektion darauf, daß die hohe Frau gewohnt sei, im Vorzimmer einen Nachtschlaf zu haben. Und im ganzen Hotel fand sich nirgends einer vor! Da versiel der Direktor auf einen retten den Gedanken. Wozu gab es denn im nahen Schlossmuseum ein hohes Tafelgeschloß in prächtigen Renaissance-, Barock-, Rokoko- und Biedermeierstil? Die Verwaltung des Schlossmuseums zeigte Verständnis für die heisse Situation des Hotels und Entgegenkommen. Sie überlieferte ein wahres Prachtstück mit folgendem Begleitschreiben: „Der Direktor des Hotels . . . wird damit ein vorläufiges königliches Nachtschlaf mit der Auflage überlassen, ihn alsbald nach gemachtem Gebührendem voll und ganz an die unterzeichnete Stelle zurückzuführen. Die Verwaltung des Schlossmuseums.“ (Aus dem Simplicissimus.)

Volkswirtschaft.

Lügen haben kurze Beine.

Der kommunistische „Vorwärts“ begrüßt den Verbandstag der Glasarbeiter in seiner Pfingstnummer, indem er die Verbandsleitung beschimpft. Diese habe angeblich „auch nicht vor offenen Wohlgeschwindigkeiten zurückgeschreckt“ und habe es verstanden, die Delegiertenwahlen so vorzunehmen zu lassen, daß sie mit Hilfe der Verstimmen eine glatte Mehrheit haben wird“. Damit vergleiche man nun die Tatsachen! Auf dem Verbandstag wurde von Seiten der Kommunisten nicht eine einzige Beschwerde erhoben, daß bei den Delegiertenwahlen irgendwie unregelmäßig vorgegangen worden wäre. In der Mandatsprüfungskommission sah ein Kommunist, und trotzdem empfahl diese Kommission dem Verbandstag stimmeneinhellig, die Mandate anzuerkennen. In Wirklichkeit waren unter den stimmberechtigten Mitgliedern die Anhänger der Verbandsleitung in der überwiegenden Mehrheit, denn von 55 stimmberechtigten Stimmen waren nur zwölf dafür, einen eigenen kommunistischen Kontrollkomitee zum Punkt „Berichte“ zuzulassen. Insgesamt war enaus dem Verbandstag 17 Verstimmen und zwar zwölf Vorstands- und fünf Kontrollmitglieder. Was eine weitere Bemerkung des „Vorwärts“ betrifft, wonach die Opposition „in Würdigen mitreden“ wird, ist selbstredend, daß an der Tätigkeit des Vorstandes nicht ein Wort der Kritik geübt wurde. Genosse Neumann wurde auch einstimmig zum Vorsitzenden gewählt. Einige Kommunisten stimmten für ihn.

Wenn man den prahlerischen Artikel liest, den der „Vorwärts“ vor dem Verbandstag geschrieben hat und ihn mit dem Verlauf des Verbandstages vergleicht, mag man erkennen, mit welchem Ernst das Hauptblatt der deutschen Kommunisten in der Tschechoslowakei geschrieben wird.

Moskau und Amsterdam.

Theorie und Praxis.

Die kommunistischen Gewerkschaften behaupten stets, daß sie in besonders radikaler Weise sich der Interessen der Arbeiter annehmen. Wie sieht es damit in Wirklichkeit? In der Papierfabrik A. G. Poral in Nienberg, Südböhmen, ist der Obmann des Betriebsausschusses Genosse Pohl, der trotz aller Aufseidungen seitens der Betriebsleitung die Interessen der Arbeiter im Rahmen des Gesetzes vertrat. Alle Bemühungen der Betriebsleitung, den lästigen Betriebsobmann loszuwerden, scheiterten. Im März endlich glaubte man, einen Grund zur Entlassung des Betriebsobmannes gefunden zu haben. Für die Abbrändler der Fabrik wurde nämlich eine Sammlung unternommen und der Betriebsleiter behauptete, daß Pohl angeblich nicht den ganzen Betrag abgeführt habe. Die Folge der Beschuldigung war eine scharfe Auseinandersetzung, in der Pohl seine proletarische Ehre verteidigte, wobei er den Ausdruck „Lüge“ gebrauchte. Daraufhin entließ der Direktor den Betriebsobmann nach Paragraph 2 der G.-D. und legte ihn auf Ehrenbeleidigung. Da nun die Betriebsleitung sah, daß die Verhandlung nichts zu ihren Gunsten ausfallen werde, wurde ein Ausgleich getroffen, der dahinging, daß Pohl wieder angestellt wird, daß ihm die unrechtmäßigen Ferien bezahlt werden in seinen früheren Rechten anerkannt wird. So schühen die Amsterdamer „Verträter“, die nämlich die Sache für Pohl führten, die Ehre und Existenz ihres Arbeiters. Ein Gegenstück hierzu bildet der Fall in der größten Papierfabrik der Republik, Spiro u. Sohn

in Krummau, wo der Obmann des Betriebsausschusses, ein wackere Kommunist, seines Postens durch die Schiedskommission enthoben wurde und zwei Jahre nicht wieder gewählt werden darf. Ein Kommentar zu diesen zwei Fällen ist überflüssig.

Die Preise steigen. Der Index der Kleinhandelspreise ist in der mittleren Woche des Monats Mai 1924 gemäß den Berichten des statistischen Staatsamtes in der Gruppe I (Tagesbedürfnisse, insbesondere Lebensmittel) von 907 im Vormonat auf 916 gestiegen, der Index in der Gruppe II (Textilien, Schuhe und Hüte) von 1055 auf 1051 gefallen. Das geringe Sinken der Preise in der zweiten Gruppe kann das beträchtliche Steigen der Lebensmittelpreise nicht paralisieren.

Kunst und Wissen.

Schlussbetrachtungen zum Prager internationalen Musikfest.

Dieses Fest fordert wie jedes, das sich mehr oder weniger auch an die Allgemeinheit wendet, zu einem Rückblick heraus, um das zusammenzufassen, was als greifbares künstlerisches Ergebnis anzusehen ist. Seine Versprechungen hinsichtlich der Menge der Veranstaltungen hat das Prager internationale Musikfest gehalten: 11 Opernabende und 14 konzertmäßige Veranstaltungen wurden ins Werk gesetzt. Hinsichtlich der Höhe der in den 14 Tagen konzertierten Musik waren die Darbietungen ungleichmäßig; hervorragenden schöpferischen und nachschaffenden Leistungen stand auch etliche minder festmäßige gegenüber. Ein Grundfehler des Festes war die Ueberfülle der musikalischen Kost, die nicht nur in ihrer Gesamtheit eher erdrückend als überzeugend wirkte, sondern auch im besonderen bei fast allen Veranstaltungen das Maß der Aufnahmefähigkeit der Hörer weit überschritt. Namentlich der stark vertretenen tschechischen Tonkunst kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß sie bescheiden hätte auftreten können, daß sie sich mit so rigoros wie nur möglich ausgewählten Werken hätte begnügen und nur Musterbeispiele geben müssen, nicht aber, daß einzelne Tonbildner mit ganzen Sollen und zwei- und mehrfach im Programm vertreten waren (wie in den Vorkonzerten). Den internationalen Charakter hat das Fest nur im Gesamtrahmen gewahrt; die offiziellen Festkonzerte selbst huldigten zu sehr der slavisch-romanischen Tonkunst und räumten der maßgebenden modernen deutschen Tonkunst nur einen lächerlich nebenläufigen Platz ein. Künstlerisch im Sinne der schaffenden Tonkunst ergaben die Konzerte hinsichtlich der symphonischen Werke eine gewisse Neuorientierung der modernen Tonkunst zu erkennen, die eher ein Abwärtsschritt, übermodernem Musikstile bedeutet und die wenigstens teilweise Rückkehr zu geordneten Klängen. Bemerkenswert war auch in der gebotenen Symphonie die Ueberwiegung der programmlosen symphonischen Form, die durch sich selbst wirkende Musik im absoluten Sinne darstellte, also auch in dieser Hinsicht eine Abkehr von der modernen Programms- und Ausdrucksmusik zur klassischen Form. Im Gesamtkomplex der musikalischen Veranstaltungen war die Kammermusik stiefmütterlich behandelt, die lediglich in den beiden Konzerten der deutschen und tschechischen Subsektion der internationalen Gesellschaft für neue Musik zu Worte kam. Das moderne Lied war nur einseitig als „modernes tschechisches Lied“, zweckmäßig vertreten. Die bedeutendsten Ereignisse des Festes, denen auch musikalische Bedeutung zukommt, waren die Vorführung des Bertelton-Klaviers und die Uraufführung des seit 15 Jahren als unaufführbar geltenden Monodramas „Erwartung“ von Schönberg. Keine allzu glückliche Hand hatte der Festausschuß in der Wahl der Festdirigenten, unter denen keine einzige überragende Persönlichkeit war. Im Interesse des Erfolges der schaffenden Tonkunst, der zur Hälfte von der kongenialen Ausführung abhängt, wird man das nächstmal vorsichtiger sein müssen. Auch die mitwirkenden Solisten hatten nicht alle internationales Format, wie es dem Festanlasse gebührt hätte. Ueber den Charakter des Musikfestes ist zu sagen, daß es vorwiegend ein tschechisches Musikfest Rechnung trug. Eine vollständigere und weniger wissenschaftliche Aufmachung wird nötig sein, wenn künftig derartige Musikfeste auch die Allgemeinheit des Publikums anlocken sollen, für die alle Kunst, also auch die Tonkunst, mehr oder weniger bestimmt ist. Die äußere Aufmachung und Organisation der Festveranstaltungen stellt den maßgebenden Persönlichkeiten das beste Zeugnis aus. Nicht nur, daß die zahlreichen Veranstaltungen trotz ihrer Anhäufung an manchen Tagen programmgemäß abgewickelt wurden, auch ihr Einzelarrangement war musterhaft. Viersprachige Programme dienten der internationalen Festgesellschaft zur Information. Zur Gesamtorientierung der Festteilnehmer war übrigens eine ganze Literatur von Führern und Wegweisern herausgegeben worden, unter denen der viersprachige offizielle Festmanach, der über alle Veranstaltungen und ausgeführten Werke und Tonbildner erklärende und beherrschende Abhandlungen enthielt, an erster Stelle zu nennen ist. Auch die aufschlußreiche Broschüre über das „moderne tschechische Lied“ (ebenfalls viersprachig) verdient besondere Erwähnung. Mit einer eigenen Festnummer hatten sich die deutsch-tschechoslowakische musikalische Zeitschrift „Der Musikant“ und die Wiener Musikblätter des „Anbruch“ eingestellt; jene des „Anbruch“ war als Sonderheft unter dem Titel „Junge Musik“ erschienen. Die Beteiligung am Feste war reg, wenn auch nicht den Erwartungen nach lebhaft, was sowohl hinsichtlich der fremden Musikerverwelt, als auch hinsichtlich des Publikums gilt, das mit der Flut der Geschehnisse nicht Schritt

zu halten vermochte. Die Gesamtlehre aus dem Musikfeste läßt sich sonach in folgende Hauptworte zusammenfassen: Größere Internationalität, größere Sparsamkeit, rigorosere Auswahl und populäre Aufmachung.

Edwin Sanctschel.

Konzert der deutschen Musikakademie und des tschechischen Staatskonservatoriums. Es war nahelegend, daß die beiden vorzüglichsten Musikbildungsstätten Prags das Musikfest zum Anlasse nehmen würden, mit ihren Lehr- und Vorkonzerten vor das Forum der internationalen Musikerkunst zu treten. So kamen in eblem Wettbewerb zwei hochwertige Konzertveranstaltungen zustande. Die der deutschen Musikakademie diente gleichzeitig der schaffenden und nachschaffenden Tonkunst, jene der tschechischen Musikschule nur der nachschaffenden Kammerkunst. Die deutsche Musikakademie hat nach den bemerkenswerten Erfolgen ihrer Kompositionsschule (Prof. Fidelio Finkle) in den letzten Jahren neuerdings mit zwei neuen Kompositionstalente aufgewartet. Otto Färber heißt das eine, von dem eine im modernen Groteskstile geschriebene vierstimmige Klaviersuite, die in der meist improvisationsartig anmutenden Kurzatmigkeit der Form und in der Fülle des scharf ausgeprägten und rhythmisch schön verarbeiteten Themenmaterials alle Zeichen der glücklich gebenden Jugend trägt; der talentbegabte junge Rudolf Maria Wandaer spielte sie ebenso technisch wie inhaltlich überzeugend. Mit 2 Liedern nach Gedichten Wörtes war das zweite neue Kompositionstalent vertreten, Viktor Capla, dessen Gesänge eine überraschend abgerundete Tonsprache reden und in ihrem formalen Aufbau sowie in den edlen Steigerungen an Hugo Wolf gemahnen. In Frau Hussa vom deutschen Theater fanden sie die denkbar beste Vertreterin, die auch vier der Liederdichtung Schumann-Straus angehörenden Liedern des von früher bekannten Friedrich Seemann zum Gesolge verhalf, unter denen nur das vollständigste erbaute Lied „Mein Lieber ist gefallen“ mehr aufhorchen machte. Leo Franz in der Form und im Ausdruck stilvolles Quartett für Klavier, Flöte, Klarinette und Bratsche und Karl Maria Pizarowitsch rhythmisch und klanglich originelle Suite für Kammerorchester ergänzten wirkungsvoll die Tonkunstschau der deutschen Musikakademie. Das tschechische Staatskonservatorium hatte ausschließlich Pianistinnen und Pianisten ins Treffen geschickt. Die hervorragendsten Klaviertalente aus der Schule der Professoren Mikes und Beseň und des Klaviermeisterlehreurs Hoffmeister spielten Kompositionen der neuzeitlichen tschechischen Tonbildnergemeinde, und zwar von Foerster, Ein. Procházka, Sul, Novak und Karel. Klaviertechnik fielen vor allem die Schüler Hoffmeisters auf, die persönliche Note im Anschlag besitzen. —ek.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag Gasspiel Wäagner „Gretchen“; morgen Freitag Gasspiel Manowarda „Margarethe“ (Jais); Samstag „Der Bettelstudent“; Sonntag abends Gasspiel Manowarda „Die Weltersinger von Rürnberg“ (Beginn 6 Uhr).

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag „Der Vetter aus Dingsda“; Freitag Gasspiel Wäagner „Rach“; Samstag und Sonntag abends Gasspiel Wäagner „Lissy, die Kottel“; Sonntag nachmittags Gasspiel Wäagner „Rach“.

Turnen und Sport.

Arbeiter-Turn- und Sportverein Altrohau NeJ. gegen Falkenauer Fußball-Klub NeJ. 0:4 (0:3). Trotdem Altrohau mit Verstärkung aus der 1. antrat, konnte Falkenau den Sieg erringen. Tore: Kiehl eins, Rollen drei; Schiedsrichter gut. Spielweise beiderseits sehr scharf. — Am Sonntag, den 15. Juni spielt in Falkenau Rohland-NeJ sein erstes Serienpiel gegen NeJ.

Herausgeber: Dr. Ludwig Ezech und Karl Coriak. Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiehnert. Druck: Deutsche Zeitungs-A.-G. Prag. Für den Druck verantwortlich: O. Solik.

Druck- und Verlagsanstalt Gesellschaft m. b. H. Teplitz-Schönau,

Tischlergasse 6, 1002 empfiehlt sich den P. T. Behörden, Vereinen, Organisationen, Gemeinden und Kasinos zur Herstellung von Druckarten: wie Tabellen, Böchern, Broschüren, Zeitschriften, Zirkularen, Mitgliederbüchern, Einladungen, Plakaten, Flugschriften, Fakturen, Briefpapieren etc. in solider und rascher Ausführung. Selbstanmaschinenbetrieb und Rotationsbetrieb.

Anglo-Elementar Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien.

Direktion für die tschechoslowakische Republik empfiehlt sich zum Abschluss von **Feuer-, Unfall-, Transport- u. Pferde- u. Vieh-Versicherungen zu kulanten Preisen.** Volleingezahltes Aktienkapital 8 Millionen. Bargarantemittel in der Republik 23 Millionen. 1047 **Bureau REICHENBERG, Bahnhofstraße Nr. 19.**